Nr. 287. Einzelpreis 15 Pfennig

Halle (Saale), Mittwoch, den 9. Dezember 1931

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Gr. Märkerstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24605, 24667, 26605. Persönliche Auskunftserteilung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 2,00 und 0,30 Mk. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,30 Mk., für Abholer wöchentlich 0,50 Mk., Postbezugspreis 2,30 Mk., durch Postboten zugestellt 2,70 Mk., bei direkter Einsendung an den Verlag 2,60 Mk. — Anzeigenpreis 13 Pfg. im Anzeigen- und 80 Pfg. im Reklameteil der Millimeterzeile. Hauptgeschäftsstelle: Gr. Märkerstraße 6. Fernruf 24605, 24667, 26605. Postscheckkonto 20319 Erfurt

Die Reichsregierung spricht von den „letzten finanziellen Reserven"

Die neue Notverordnung

Zehnprozentiger Lohnabbau ab 1. Januar, bestimmte Mietensenkung, unsicherer Preisabbau
Zahlreiche schwere Belastungen für fast alle Volksschichten

Das Ende?

Die mit größter Spannung erwartete Notverordnung ist veröffentlicht. Ihre Inkraftsetzung erfolgt an der Schwelle der schwierigen internationalen kredit-, reparations- und außenpolitischen Verhandlungen. Das Gesetzswerk soll nach den Absichten der Regierung einen Rückhalt bei diesen für das deutsche Schicksal wichtigen Verhandlungen bieten. Das Gesetzswerk tritt aber zugleich auch in Kraft an der Schwelle des furchtbaren Krisenwinters, den die deutsche Wirtschaft je erlebt hat und soll durch seine wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen die Krise eindämmen.

Der Prüfstein für das neue, in die Lebensbedingungen der Bevölkerung und in das gesamte Wirtschaftsleben tief eingreifende Wirtschaftsprogramm ist, ob es insgesamt wirksame Maßnahmen enthält, die die Krisennot mildern können. Soweit sich das Gesetzswerk übersehen läßt, sind hier schwerste Zweifel am Platze.

Der bedenklichste Teil der Notverordnung ist der Lohnabbau. Alle Löhne werden mit dem Stichtag vom 1. Januar 1932 gegenüber ihrem letzten Stande um 10 Prozent gesenkt. Wo in den letzten sechs Monaten kein Lohnabbau eingetreten ist, beträgt die Senkung 15 Prozent. Richtlinie für das Ausmaß dieses Lohnabbaues war der Gesichtspunkt, daß im allgemeinen das Lohnniveau auf dem Stand von Anfang 1927 herabgedrückt werden soll. Für die Bergarbeiterschaft soll dieser Ansatz sogar noch unterschritten werden. Obwohl die Bergarbeiterlöhne nur noch wenig über den Stand von 1927 liegen, soll auch hier die schematische Kürzung um 10 Prozent mit Hinblick auf die „bedrängte Lage des Bergbaues" Platz greifen.

Das Tarifrecht wird, soweit die Lohnfestsetzung in Betracht kommt, bis zum 30. April 1932 außer Kraft gesetzt. Durch gesetzliche Anordnung, ohne Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern und ohne Beteiligung der Schlichtungsinstanzen werden die Löhne für die nächsten Monate tief herabgedrückt. Nur bei Ungerechtigkeiten in einzelnen Gewerben ist ein Eingreifen des Schlichters möglich. Arbeitsminister Stegerwald hat zwar am Montag in Münster versichert, daß es sich hierbei nur um einen einmaligen Akt handelt und daß grundsätzlich das kollektive Arbeitsrecht nicht angetastet wird. Aber das ist ein rein formaler Gesichtspunkt. Wenn auch die völlige Vernichtung des Tarifrechts nach den Wünschend er Unternehmer unterblieben ist, so bleibt doch die Tatsache eines schweren Eingriffs in das Tarifrecht bestehen, ohne daß eine Garantie vorhanden ist, daß sich dieser Eingriff nicht wiederholt.

Die Tatsache eines mindestens 10- bis 15prozentigen Lohnabbaus wird also am 1. Januar eintreten. Ob eine entsprechende Preissenkung bis dahin oder in absehbarer Zeit eintritt, ist außerordentlich fraglich. Zwar werden die durch Kartelle gebundenen Preise für Rohstoffe um 10 Proz. herabgesetzt und die Markenartikel um 10 Proz. ermäßigt. Die Rückwirkung auf die allgemeinen Lebenshaltungskosten aber wird geringfügig sein. Die Zölle auf Lebensmittel und Fertigwaren, die das deutsche Preisniveau überhöht haben, bleiben völlig unangetastet.

Der Reichskommissar für die Preissenkung wird selbst bei größten Machtbefugnissen die sogenannten freien Preise nicht ermäßigen sondern nur Preisausschreibungen bekämpfen können. Dazu kommt, daß die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,85 auf 2 Prozent die Tendenz der Preissteigerung aufs neue eingeschaltet wird, daß künftig auch die Einfuhr, die bisher umsatzsteuerfrei war, steuerpflichtig ist. Das ist eine beträchtliche Verteuerung aller Einfuhrwaren, insbesondere der Lebensmittel, für die die Befreiung von Mehl und Getreide von der Erhöhung der Umsatzsteuer keinen Ausgleich schafft.

Die Notverordnung sieht weiter eine Senkung der Mieten und zwar für Altwohnungen und Neubauwohnungen vor. Sie soll für Altwohnungen 10 Prozent der Friedensmiete betragen und für Neubauwohnungen der durch die verfügte Zinssenkung eintretenden Entlastung entsprechen. Bei Altmieten, wo das Ausmaß der Senkung übersehen werden kann, wird die Senkung von der heutigen Miete berechnet. Sie bleibt wesentlich hinter 10 Prozent zurück und dürfte etwa 7½ Prozent betragen. Gemessen am Einkommen ist das höchstens eine Entlastung von etwa 2 Prozent. Es wird also nur ein Bruchteil des Lohnabbaus durch Mietensenkung ausgeglichen.

In diesem Zusammenang muß man auf zwei große Vorteile für den Hausbesitz hinweisen. Soweit sich im Augenblick übersehen läßt, wird sowohl durch die Herabsetzung der Zinsen für die Aufwertungsschulden als auch durch den Umbau der Hauszinssteuer dem Hausbesitz ein großes Geschenk gemacht. Daneben enthält die Notverordnung einen Abbau der Beamtengehälter um 9 Proz., eine neue Lohnsenkung für die im öffentlichen Dienst stehenden Arbeitnehmer um 10 Proz., Bestimmungen über die Bekämpfung der Kapitalflucht, Zwangsvollstreckung und eine Reihe von politischen Maßnahmen, die noch besonders gewertet werden müssen.

Die neue Notverordnung bringt eine wesentliche Zuspitzung der politischen Situation. Aber früher war wenigstens bis zu einem gewissen Grade die Hoffnung berechtigt, daß die drakonischen Maßnahmen der Reichsregierung zum Erfolg bzw. Stillstand der Krise führen würde, jetzt hat diese Skepsis Platz gegriffen, weil alle bisherigen Versprechungen der Regierung nicht in Erfüllung gegangen sind. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, politische Unsicherheit und mangelndes Vertrauen haben sich durch die Experimente der Regierung immer weiter verschärft. Daß die neue Notverordnung einen Umschwung bringen würde, ist nicht anzunehmen. Für die Sozialdemokratie steht jetzt die Frage zur Entscheidung: Ende der Tolerierungspolitik oder nicht?

(Ausführlicher Auszug aus der Notverordnung folgt morgen.)

Der Preissenkungskommissar

Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing am Dienstagabend den Oberbürgermeister Dr. Goerdeler-Leipzig und bat ihn, im Interesse der Allgemeinheit und der schnellen Durchführung der Preissenkung das in der Notverordnung geschaffene Amt eines Reichskommissars für die Preisüberwachung zu übernehmen. Dr. Goerdeler hat sich dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt.

Vor Entscheidungen

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am Dienstag bei dem Reichstagspräsidenten die Einberufung des Aeltestenrats des Reichstages und gleichzeitig die Einberufung des Reichstagsplenums zum Dienstag, dem 15. Dezember, gefordert.

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Reichsregierung im Falle einer Entscheidung des Reichstages gegen die neue Notverordnung nicht zurücktreten, sondern den Reichstag auflösen wird.

*

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt am Donnerstag zusammen. Am Montag wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu der neuen Notverordnung Stellung nehmen.

Chinesisch-japanische Schwierigkeiten

Ausschuß des Völkerbundrates immer noch an der Arbeit

Paris, 8. Dezember. (Eigenbericht.

Der Redaktionsausschuß des Völkerbundsrats hielt am Dienstagvormittag und -nachmittag Sitzungen ab, um die letzten Schwierigkeiten bei der Abfassung der Entschließung und des Kommentars zu beseitigen.

Die Situation hat sich insofern wieder geändert, als auf den Wunsch einiger Ratsmitglieder in den Kommentar doch ein Passus aufgenommen werden soll, der das Recht Japans auf Polizeiaktionen gegen chinesische Banditen feststellen soll, nachdem man sich am Montag darüber geeinigt hatte, daß sich Japan dieses Recht durch eine einseitige Erklärung vorbehalten könne. Diese Aenderung macht natürlich wieder Rückfragen bei den Regierungen in Tokio und Nanking erforderlich, die kaum vor Mittwoch beantwortet werden dürften. Es scheint aber auf chinesischer Seite kein ernster Widerstand mehr vorhanden zu sein.

Der nach China zu entsendenden Untersuchungskommission sollen Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Amerikas angehören. Um die Ratsmitglieder nach der Schlußsitzung nicht unnötig in Paris zurückzuhalten, soll die Auswahl der Persönlichkeiten von dem Ratspräsidenten im Einverständnis mit dem Generalsekretär des Völkerbundes getroffen werden

Deutsches Finanz-Exposé

Vor dem Sonderausschuß in Basel

Basel, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Sonderausschuß der BIZ. hielt am Dienstagvormittag um 11 Uhr eine Sitzung ab, der zwei der neuen Mitglieder, Dr. Bindschedler-Schweiz und Colijn-Holland beiwohnten. Für Donnerstag werden auch die übrigen am Montag neu bestimmten Mitglieder in Basel erwartet.

In der Vormittagssitzung, die etwa zwei Stunden dauerte, beschäftigte sich der Ausschuß mit dem sehr eingehenden Exposé über die Finanzlage Deutschlands. Das Exposé, das nach Mitteilungen von verschiedener Seite einen ausgezeichneten Eindruck machte, ist die Einleitung zu einem Bericht, der noch vorgelegt werden wird. Die Verhandlungen werden noch fortgesetzt. Die Diskussion wird sich zunächst mit dem vorliegenden rein technischen Teil des Berichtes von Melchior beschäftigen.

Frankreich gegen Reparationsstreichung

Eine Note an die Regierungen / Konferenz soll nur Krisenmaßnahmen beschließen

Paris, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Die französische Regierung hat anläßlich des Zusammentritts des Baseler Sachverständigenausschusses den wichtigsten Gläubigerstaaten Deutschlands ihre Ansicht über die Reparationsfrage auseinandergesetzt.

In der Note wird erklärt, daß einerseits die Weltkrise zum größten Teil für die schlechte Finanzlage Deutschlands verantwortlich sei, andererseits die hohen Ausgaben und die hohen Anleihen der Reichsregierung. Die französische Regierung erkenne die Notwendigkeit von Maßnahmen an, die Deutschland über seine vorübergehenden Schwierigkeiten hinweghelfen. Sie werde sich dabei von dem Wortlaut des in Washington nach den Unterredungen Hoovers mit Laval veröffentlichten Kommuniqués leiten lassen. Bei diesen Unterredungen sei die Notwendigkeit einer Verlängerung des gegenwärtigen Zahlungsmoratoriums geprüft worden. Obgleich die französische Regierung bereit sei, Deutschland große Zugeständnisse zu machen, bestehe sie auf dem Prinzip der Reparationszahlungen aus zwei Gründen: weil keine Beweise dafür vorhanden sind, daß Deutschland immer zahlungsunfähig bleibt und weil es die gebieterische Pflicht sei, den gebeiligten Charakter der internationalen Abkommen zu schützen. Es heißt dann weiter, daß die gegenwärtige deutsche Finanzkrise einem Abkommen von endgültigem Charakter über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht günstig sei. Die Untersuchung der Sachverständigen müsse sich auf einen Uebergangszustand beschränken, für den nur vorübergehende Maßnahmen empfohlen werden können. Auf der Regierungskonferenz könne das ganze Problem der deutschen Zahlungsfähigkeit geprüft werden. Auf jeden Fall müsse sich die Untersuchung des Ausschusses auch auf die richtige Frage des von Deutschland im Ausland investierten Kapitals und die Maßnahmen zur Zurückschaffung dieser Kapitalien beziehen. In bezug auf die Frage der kurzfristigen Kredite weigere sich die französische Regierung, den praktischen Wert einer Prioritätsforderung anzuerkennen. Diese Frage bestehe in der Praxis gar nicht, weil das Reparations- und das Kreditproblem nur die Elemente des Grundproblems der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und der Achtung der vertraglichen Verpflichtungen seien. Zum Schluß erklärt die Regierung, daß eine grundsätzliche Aenderung des Young-Plans nur im Zusammenhang mit einer Verringerung der interalliierten Schulden möglich sei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311209-19/fragment/page=0001

Verbilligte Naturallieferungen

Denkschrift des Reichsernährungsministers

Der Reichsernährungsminister hat dem Haushaltsausschuß des Reichstages eine Denkschrift überreicht, aus der die Maßnahmen ersichtlich sind, die bisher getroffen oder eingeleitet worden zur Abgabe von verbilligtem Brot, Rind- und Schweinefleisch sowie verbilligter Kohle und Kartoffeln.

Die verbilligte Abgabe von Brot und Kartoffeln erfolgt nach der Denkschrift im allgemeinen seit dem 1. November. Die Abgabe von verbilligtem Fleisch soll vom 14. Dezember an durchgeführt werden. Bei Brot und Kartoffeln wird die Verbilligung von den betreffenden Gewerbekreisen getragen. Sie wird beim Brot auf insgesamt 6,7, bei Kartoffeln auf 7,5 Millionen Mark geschätzt. Für die Verbilligung von Fleisch werden 18 Millionen aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt. Ueber die Frage, wie weit daneben das Fleischergewerbe sich an einer Verbilligung beteiligt, schweben noch Verhandlungen.

Zur Verbilligung der Kohle für Erwerbslose hat das Reichsfinanzministerium ab 1. Januar 1932 12 Millionen zur Verfügung gestellt. Dazu sollen Verbilligungen kommen, die teils von den Kohlensyndikaten, teils in Gestalt von Frachtnachlässen von der Reichsbahn, teils vom Kohlenhandel getragen werden. Insgesamt sind von den Syndikaten 46 Millionen Zentner verbilligter Kohle bis einschließlich März zur Verfügung gestellt. Die Verbilligung beträgt bei den vom rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat gelieferten 20 Millionen Zentner 40 bis 50 Pfennig pro Zentner, bei den vom Oberschlesischen Syndikat für die Provinz Oberschlesien bereitgestellten 900 000 Zentner 30 Pfennig pro Zentner, bei den kleineren Syndikaten ist sie für 1 480 000 Zentner verschieden hoch bemessen. Das Rheinische Braunkohlensyndikat will für 13 Millionen Zentner je 10 Pfennig nachlassen, wozu ein Händlernachlaß von 10 bis 12 Pf. und ein Frachtnachlaß von 3 Pfennig tritt. Das Ostelbische Braunkohlensyndikat stellt 6 Millionen Zentner mit 5 Pfennig Verbilligung zur Verfügung, wozu gleichfalls der Händler- und der Frachtnachlaß kommt. Das Ostelbische Braunkohlensyndikat gibt außerdem Gratismengen an die Stadt Berlin zur Versorgung von Kleinrentnern. Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat liefert 400 000 Zentner kostenlos an die Gemeinden seines Versorgungsgebiets, die von diesen zur Verbilligung des Brennstoffs für Erwerbslose verwendet werden.

Die Verbilligung des Brotes für Unterstützungsempfänger einschließlich Zuschlagsempfänger beträgt in Berlin vier Pfennig für das 1250-Gramm-Brot und wird gewährt für 1250 Gramm Brot pro Kopf und pro Woche. In vielen anderen Gemeinden sind ähnliche Regelungen getroffen. Die Denkschrift geht davon aus, daß 7 Millionen Personen mit durchschnittlich 1½ Kilogramm Brot während 16 Wochen an der Verbilligung Anteil haben werden.

Die Kartoffelverbilligung geschieht im wesentlichen durch eine Rückvergütung von 15 Pfennig je Zentner seitens des Großhandels gegenüber dem Kleinhandel und durch eine Beschränkung des Kleinhandelsaufschlages auf 10 Prozent des Großhandelspreises. In Berlin ergab sich hieraus im November eine Verbilligung von 70 bis 80 Pfennig pro Zentner. Gewährt werden auf Grund von Bezugskarten je Kopf und Monat 50 Pfund Kartoffeln. In zahlreichen anderen Städten kommen ähnliche Verfahren zur Anwendung. Man rechnet mit einer Gesamtmenge von 10 Millionen Zentner verbilligter Kartoffeln.

Die Fleischverbilligung kommt allen Hauptunterstützungsempfängern der verschiedensten Fürsorgezweige, soweit sie Zuschlagsempfänger aufweisen oder einen eigenen Hausstand haben, zugute und beträgt 30 Pfennig für ein Pfund Fleisch wöchentlich. Sie ist auf die Dauer von 12 Wochen gedacht. Die Verteilung erfolgt mit Hilfe von Gutscheinen.

Die „Times" gegen Rosenberg

Auch ein „Erfolg" der deutschen Hakenkreuzler in England

Was diejenigen englischen Politiker, die neugierig und vergnügungssüchtig genug gewesen sind, sich mit dem nationalsozialistischen Abgeordneten Rosenberg zu unterhalten, dem Sondergesandten Hitlers auf seine Eröffnungen erwidert haben, wissen wir nicht. Wahrscheinlich wird das auch das Geheimnis des Braunen Hauses bleiben. Aber immerhin ist es bemerkenswert, daß sich das führende englische Blatt, die „Times", wenige Tage nach dem Besuch des Hitlerschen Leutnants die französische These zu eigen macht, nach der der Young-Plan aufrechterhalten werden soll und nur für die Zeit der wirtschaftlichen Depression gewisse Zahlungserleichterungen an Deutschland gewährt werden können. Das wird Herr Rosenberg nicht als einen Erfolg seiner Bemühungen buchen, und vielleicht werden er und seine Freunde einsehen, daß England am allerwenigsten um ihretwillen sich als Sturmbock gegen Frankreich gebrauchen läßt. Auch der großmäulige Adolf Hitler selber kann sich jetzt seine Gedanken über die Wirkung seiner Ansprachen an die Vertreter der angelsächsischen Presse in Berlin machen. Auch sie warden ja um die Gunst Englands und Amerikas unter scharfen Ausfällen gegen Frankreich. Der Erfolg war auf der einen Seite die Schwächung der Mark und das Sinken der deutschen Anleihen in New York und ist auf der anderen eben die Erklärung der „Times", die ganz zweifellos den Auffassungen der englischen Regierung entspricht.

Im übrigen haben die Nationalsozialisten noch nicht gelernt, die Sprache, die sie im Ausland führen, mit den Tiraden, deren sie im Inland bedienen, in Einklang zu bringen. Herr Rosenberg hat in London versichert, daß seine Partei keine Kriegspartei sei, und daß der Streit mit Frankreich keinerlei militärischen Charakter tragen werde. Deutschland könne nicht kämpfen, so fügte er hinzu, selbst wenn es kämpfen wolle, und der Nationalsozialismus wolle sich nur mit all seinen Kräften den französischen Versuchen, Deutschland zu isolieren, widersetzen. Aber mit Recht macht der Pariser „Temps" darauf aufmerksam, daß Herr Gregor Straßer in seiner sadistischen Blutrede zu Stuttgart ganz anders gesprochen hat. Er hielt eine antifranzösische Kriegsrede und ähnlich, wenn auch nicht ganz so zügellos, äußerte sich in Berlin Herr Göhring, der ebenfalls an die Kraft als den Wegbereiter der Vernunft appellierte. Der „Temps" hält es für höchst unwahrscheinlich, daß man sich durch die grobschlächtigen Manöver der Nationalsozialisten werde einfangen lassen. „Außerhalb der Grenzen des Reichs ist niemand naiv genug, auch nur einen Moment lang zu glauben, daß eine nationalsozialistische Regierung in Deutschland in irgendeinem Umfang die Wiederherstellung des Vertrauens in Europa und die Schaffung eines dauerhaften Friedens erleichtern könnte."

Es wäre wahrhaftig angebracht, wenn die Regierung Brüning bei all den zahlreichen Gelegenheiten, über die sie verfügt, die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die außenpolitischen Gefahren der nationalsozialistischen Agitation und eines nationalsozialistischen Triumphes hinlenkte. Sie würde dadurch dem von ihr selbst beklagten Fatalismus des Bürgertums wirksam begegnen können.

Sagt die Wahrheit!

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Der Ernst der Situation, in der die neue Notverordnung erscheint, wird schlagartig beleuchtet durch die soeben von der Reichsanstalt veröffentlichten neuen Arbeitslosenziffern. Die Fünf-Millionen-Grenze ist überschritten. Was im Vorjahr Höhepunkt war, ist jetzt bereits Ausgangspunkt der Winterarbeitslosigkeit.

Der Bericht der Reichsanstalt lautet im wesentlichen folgendermaßen: Die Zahl der Arbeitslosen nahm in der Zeit vom 15. bis 30. November um rund 214 000 zu und betrug am 30. November rund 5 057 000. Die Zunahme liegt im Rahmen der Schätzungen der Reichsanstalt. Sie beläuft sich gegenüber dem Stand Mitte des Monats auf 4,4 Prozent. Der überwiegend jahreszeitliche Charakter der Bewegung kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Saisonaußenberufen um 7,7 Prozent, in den übrigen Berufsgruppen nur um 2,4 Prozent gegenüber dem Stand vom 15. November zugenommen hat. Seit dem sommerlichen Tiefstand war in diesem wie im vorigen Jahre eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um etwa 1,1 Millionen zu verzeichnen. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist jetzt ähnlich wie im Sommer um etwas über 1,3 Millionen höher als zu den Vergleichszeiten des Vorjahres.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich am 30. November insgesamt auf rund 2 772 000. Im einzelnen betrug sie in der Arbeitslosenversicherung rund 1 366 000 und hat seit Mitte des Monats eine Steigerung um rund 118 000 erfahren; Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge wurden, nach einer Zunahme um rund 24 000, Ende des Monats rund 1 406 000 gezählt.

Der Zustrom an Arbeitslosen aus allen Außenberufen setzte sich in unverminderter Stärke fort. Eine Ausnahme bildet allein die Forstwirtschaft, die in mehreren Bezirken gegenwärtig den günstigsten Beschäftigungsgrad erreicht haben dürfte. Steinbrüche hatten zum Teil noch Beschäftigung für Reichsbahn- und andere öffentliche Aufträge.

Reichsrateinspruch abgelehnt

Um die Zuschläge zur Einkommensteuer der Aufsichtsräte

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verhandelte heute den Einspruch des Reichsrats gegen den sozialdemokratischen Gesetzentwurf über Zuschläge zur Einkommensteuer der Aufsichtsratsmitglieder. Dieser Gesetzentwurf wurde am 23. März 1931 vom Plenum des Reichstags mit erheblicher Mehrheit angenommen. Der Reichsrat erhob Einspruch, die preußischen Vertreter im Reichsrat wurden dabei überstimmt.

Der Reichsrat begründet seinen Einspruch damit, daß die Bildung von Privatkapital gerade jetzt sehr notwendig sei und deswegen die Einkommensteuer nicht erneut angespannt werden dürfe.

Durch den sozialdemokratischen Gesetzentwurf sollten etwa 43 Millionen Mark aufkommen, die in erster Linie zur Linderung der Notlage in den Gemeinden zu verwenden waren. Weitere 5 Millionen sollten zur Sanierung der Knappschaftsversicherung und 3 Millionen für Kinderspeisung verausgabt werden.

Der Vertreter der Regierung versuchte auch heute noch den Einspruch des Reichsrats zu rechtfertigen.

Der Haushaltsausschuß lehnte den Einspruch des Reichsrates gegen den sozialdemokratischen Gesetzentwurf mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, der Bayerischen Volkspartei und des Christlich-Sozialen Volksdienstes ab.

Deutschnationale Betrüger

Das Reich um Riesensummen betrogen

Vor der Großen Strafkammer in Stettin stehen neben anderen Angestellten der Pommerschen Hauptgenossenschaft die Direktoren Bruno Haß und Fritz Hagemann. Sie sind beschuldigt, durch Schiebungen mit Einfuhrscheinen das Reich um Riesensummen betrogen zu haben.

Die Pommersche Hauptgenossenschaft setzt sich aus den Führern der „nationalen Opposition" zusammen, die Preußen und das Reich von der „marxistischen Korruption" befreien wollen.

Zum Aufsichtsrat der Pommerschen Hauptgenossenschaft gehört Herr von Rohr, der Führer des Pommerschen Landbunds. Neben ihm stehen die Herrschaften von Hakenkreuz und Stahlhelm. „Aus Not, aus Korruption, aus Ehrlosigkeit suchen die erwachenden Preußen Beteiligung bei uns" — so sprach Herr von Rohr beim Volksentscheid. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen dafür gesorgt, daß man sieht, wo Korruption und Ehrlosigkeit sitzen!

Nach dem Fall Raiffeisen der Fall Pommersche Hauptgenossenschaft! Es stinkt im Lager Hugenbergs!

Chauffeurmörder vor Gericht

Vor dem Schwurgericht beim Landgericht Potsdam begann die auf drei Tage berechnete Verhandlung gegen den 24jährigen Händler Johannes Kabelitz, der beschuldigt wird, in der Nacht vom 24. zum 25. Januar zwischen Linewitz und Ferch bei Potsdam den Taxichauffeur Ponik ermordet zu haben. Unter den 30 geladenen Zeugen sind auch der Vater, die Mutter und die Ehefrau des Täters. Beim Zeugenaufruf rief die Mutter des Kabelitz dem Gericht zu: „Helf Gott, hilf Gott, bloß keine Todesstrafe für meinen Goldjungen, er ist so gut!" Der Angeklagte will einen Mittäter namens Werner gehabt haben; er ist nie ermittelt worden. Die Leiche will er nicht angerührt und auch nicht beraubt haben. 40 Zeugen und sieben Sachverständige sollen aussagen.

Der ‚Unbekannte' des Chauffeurmörders

Auch in der Dienstagsitzung im Potsdamer Chauffeurmordprozeß blieb der angeklagte Händler Johannes Kabelitz bei seiner Darstellung, daß „ein gewisser Werner", der von der Polizei niemals ermittelt werden konnte, an der Ermordung des Ponik beteiligt gewesen sei. Die bisherigen Ergebnisse der Beweisaufnahme sprechen gegen die Wahrscheinlichkeit dieser Behauptung. Im übrigen gibt Kabelitz zu, die Todesschüsse abgegeben zu haben, will aber glaubhaft machen, daß er zur Zeit der Tat in einem „Dämmerzustand" gewesen sei. Die Witwe des ermordeten Chauffeurs Ponik meinte: „Mein Mann ist in Berlin erschossen worden und man hat seine Leiche nach Ferch geschafft und sie dort in den Chausseegraben geworfen. Nie hätte mein Mann mit Fremde diese einsame Fahrt nach Ferch unternommen!"

Gewinn für den Gesamtverband

40 000 freigewerkschaftliche Beamte stoßen zur 700 000-Mann-Gewerkschaft

Der erste außerordentliche Verbandstag der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, der in Bremen stattfand, nahm einstimmig folgenden Verschmelzungsantrag an:

„Der Verbandstag stimmt dem Zusammenschluß der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten mit dem Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner und dem Reichsbund der Beamten und Angestellten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen zu einer Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten und Angestellten im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs auf der Grundlage der Vereinbarung vom 22. August 1931 und der vorgelegten Sondersatzung mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab zu."

Damit stoßen etwa 40 000 freigewerkschaftlich organisierte Beamte und Angestellte zur 700 000-Mann-Gewerkschaft des Gesamtverbandes. Ein Beweis, daß die freigewerkschaftlichen Kommunalbeamten das Gebot der Stunde erkannt haben.

Ein Held von Hitlers Verlustliste

Wie die Verwundetenliste der Nazis zustande kommt / Die Nazilüge von Osnabrück zerplatzt

Osnabrück, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Der angeblich „kommunistische Mordanschlag" auf den SA.-Führer Brinkmann ist nun restlos aufgeklärt worden. Die Ortspolizeibehörde teilt mit:

Die weiteren Ermittelungen haben einwandfrei ergeben, daß Brinkmann nicht von fremder Hand angeschossen ist, sondern ein Unglücksfall vorliegt. Es steht jetzt weiter fest, daß die Angelegenheit keine politische Bedeutung hat. Der Vorfall hat sich nach den einwandfreien, teils eidlichen Zeugenaussagen, wie folgt zugetragen:

B. ist in Begleitung einer weiblichen Person vom Gasthaus Bavaria aus zum Arndtplatz gegangen, woselbst beide noch in die bereits geschlossene Schankwirtschaft Larberg einkehren wollten. Da ihnen auf Klopfen mit der Hand an das Fenster kein Einlaß gewährt wurde,

hat B. mit seiner Pistole, die er bei sich führte, heftig an das Fenster geklopft, wobei sich die Waffe entlud und ihm das Geschoß in den Bauch drang.

Er hat dann bezeichnenderweise die weibliche Person ersucht, sich schleunigst zu entfernen. Unmittelbar hinterher kam ein Polizeibeamter, der B. dem Krankenhaus zugeführt hat.

B. ist am 5. Dezember 1931, vormittags, von dem zuständigen Amtsrichter zu dem Vorfall im Krankenhaus eidlich vernommen worden und hat seine ursprünglichen Angaben, wonach er von fremder Hand angeschossen sein wollte, aufrechterhalten, obwohl ihm kurz vorher von dem Kriminalkommissar Oldigs Vorhaltungen darüber gemacht worden waren, daß dies in Anbetracht der gegenteiligen Zeugenaussagen als ausgeschlossen angesehen werden müsse und diese Zeugenaussagen von B. selbst gelesen worden sind.

Die an der Unfallstelle in einem Kellerschacht der Wirtschaft Larberg zurückgebliebene Walther-Pistole hat ein intimer Freund und Parteigenosse des B. mit Hilfe einer Mittelsperson am 4. Dezember 1931 gegen 16 Uhr an sich gebracht. Bemerkenswert ist hierzu, daß von der erwähnten Mittelsperson hierüber Stillschweigen verlangt worden ist.

Die Pistole ist am 5. Dezember 1931 in der Wohnung des Parteigenossen des B. polizeilich beschlagnahmt worden. Festgestellt ist, daß der im Krankenhaus befindliche B. bereits am 4. Dezember 1931 von diesem Parteigenossen darüber unterrichtet worden ist, daß die Pistole in dessen Besitz sei.

B. hat sich aus diesem Grunde wohl in Sicherheit gewiegt und deswegen offenbar mit der Wahrheit zurückgehalten. Erst nach der richterlichen, eidlichen Vernehmung im Stadtkrankenhaus hat B. am 6. Dezember 1931, nachmittags, bei der nochmaligen Vernehmung durch den Kriminalkommissar Oldigs in Gegenwart seines Parteigenossen und nach Vorzeigung der beschlagnahmten Pistole zugegeben, daß er nicht von fremder Hand angeschossen worden ist, sondern sich selbst verletzt hat. B. behauptet jedoch nach wie vor, von zwei politischen Gegnern verfolgt worden zu sein, obwohl seine Begleiterin unter Eid bekundet hat, daß weit und breit kein Mensch zu sehen gewesen ist.

Die erforderlichen Strafverfahren sind eingeleitet worden.

Der SA.-Führer Brinkmann zog mit der Pistole in der Tasche in der Nacht von Kneipe zu Kneipe in weiblicher Begleitung. Er randalierte vor einem geschlossenen Wirtshaus, renommierte vor dem Weibchen mit der Pistole und schoß sich dabei in den Bauch.

„Neuer roter Terror, von Rotmord gehetzt" — so seit die Geschichte durch die „nationale" Presse. Die Lüge ist zerplatzt!

Dieser Brinkmann, der nach seinem Selbstmordversuch die politischen Gegner diskreditieren und für sich noch eine SA.-Rente herausschlagen wollte, wird sich nun wegen verbotenen Waffentragen und Falschheit zu verantworten haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262193112 09-19/fragment/page=0002

HALLE

2. Blatt — Mittwoch, den 9. Dezember — Nr. 287

Achtung! Achtung!

Freitag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, im „Volkspark" (großer Saal)

gemeinsame Konferenz

für alle Partei-, Gewerkschafts-, Sportgenossen, Reichsbannerkameraden und Genossen, die in der sozialistischen Arbeiterbewegung nahestehenden Vereinigungen aktiv tätig sind.

Tagesordnung:

Ist ein Nazi-Putsch zu erwarten?

Es ist unbedingte Pflicht aller Genossen, die in der Arbeiterbewegung als Funktionär oder sonst aktiv tätig sind, zu dieser Konferenz zu erscheinen.

Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs. Die Organisationen werden ersucht, Türkontrolle zu stellen.

Der Aktionsausschuß zur Abwehr des Faschismus.

SPD., Ortsverein Halle

6. Ortsbezirk. Donnerstag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, findet in Müllers Hotel, Magdeburger Straße, unsere Mitgliederversammlung statt. Redner: Oberlehrer Stengel (Halle). Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, restlos und pünktlich zu erscheinen.

Frauengruppe SPD. Halle. Freitag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, im „Volkspark", kleiner Saal, Sonnenwendfeier der Frauengruppe. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Eintritt frei.

Stahlhelmangriff auf das Gewerkschaftshaus

Gestern gegen 22.30 Uhr versuchten mehrere Stahlhelmer, in das Gewerkschaftshaus einzudringen. Dabei kam es zwischen ihnen und Reichsbannerkameraden, die sich im Gewerkschaftshaus aufhielten, zu Auseinandersetzungen. Die Polizei verhütete weiteres Umsichgreifen. Mehrere Beteiligte wurden festgestellt. Ermittlungen über die Ursache des Stahlhelmangriffs auf das Gewerkschaftshaus sind noch im Gange.

Freitod eines hallischen Fabrikdirektors

Gestern nachmittag erhängte sich in der Laube seines Gartens der kaufmännische Direktor der Firma Weise Söhne, Herr Ernst Reinicke. Direktor Reinicke soll in einem Anfall von Schwermut aus dem Leben gegangen sein. In die Schwermut trieben ihn wohl persönliche Verluste und die Gewißheit, daß er in seiner Firma größere Einschränkungen und Entlassungen anordnen mußte.

*

Selbstmordversuch eines Magistratsbeamten? Heute in den Vormittagsstunden wurde auf dem unteren Flur des Jugend- und Wohlfahrtsamtes ein älterer Magistratssekretär mit einer Schußwunde verletzt aufgefunden. Alle Umstände deuten darauf hin, daß der Beamte aus irgendeinem noch nicht aufgeklärten Grunde Hand an sich zu legen versucht hat.

Drewitz niedergebrüllt

Die Wirtschaftspartei hat, wie alle anderen gutbürgerlichen Parteien, ihr reichlich Maß an Hilfe für das Erstarken der Nazipartei geleistet. Wie alle anderen sieht jetzt auch sie mit Schrecken, was sie sich da hochgepäppelt hat. Der Bäckermeister Drewitz, Gründer und — gegenwärtig noch Führer der Wirtschaftspartei, sprach gestern abend in Halle. Schon zu Beginn fuhrwerkten ihm Nazis in seine Rede. Eifrig versuchte Drewitz sich zu verteidigen und beteuerte, die Wirtschaftspartei habe zwar nach der Harzburger Tagung nicht anders gekonnt, als Brüning zu halten, denn die nationale Front habe doch kein Programm aufgezeigt, aber zu gegebener Zeit werde auch die Wirtschaftspartei wieder in die nationale Front einschwenken. Das half indessen dem biederen Bäckermeister nichts. Zwei seiner ehemals so sehr geharnischten Nazifreunde sagten ihm tüchtig die Meinung und tobten dann mit ihrem Anhang so lange, bis Herr Drewitz erschöpft abtrat und die Versammlung vorzeitig aufflog.

Eine hallische Kommunalgröße hat sich in der Versammlung wiederbei auch noch betätigt. Der Rechtsanwalt Starke verbreitete sich über kommunale Dinge. In welchem Geiste? **Nur der soll etwas zu sagen haben, der viel Steuern zahlt.**

Also zurück zum Dreiklassenstaat!

Vom Kampf um den Lohn

Die Verhandlungen über die Neuregelung der Bauarbeiterlöhne für das mitteldeutsche Tarifgebiet (Provinz Sachsen, Anhalt), die am Dienstag in Halle bis in den Abend hinein zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt wurden, sind ergebnislos abgebrochen worden. Am Sonnabend, dem 12. Dezember, finden vor dem Tarifamt in Magdeburg neue Verhandlungen statt.

Tarifloser Zustand in der Metallindustrie

Im Reichsarbeitsministerium haben am Dienstag die Nachverhandlungen über die Lohngestaltung in der mitteldeutschen Metallindustrie stattgefunden, nachdem die Arbeitnehmer den Spruch des Schlichters abgelehnt, die Arbeitgeber ihn angenommen hatten. Da der Antrag auf Verbindlichkeitserklärung von Arbeitgeberseite zurückgezogen wurde, ist damit für die mitteldeutsche Metallindustrie ein tarifloser Zustand eingetreten.

Der Lohnabbau der Straßenwärter

Auf Grund des vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedsspruches vom 1. November 1931 sind die Löhne der bei den Mitgliedern des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes öffentlicher Verwaltungen und Betriebe beschäftigten Staats-, Provinzial- und Kreisstraßenwärter mit Wirkung ab 1. November 1931 um 4½ Prozent gekürzt worden.

Verkauf der Karosseriefabrik Kühn

Im Konkurs Kühn ist nunmehr zum Verkauf der zur Konkursmasse gehörigen Karosseriefabrik geschritten worden. Die Fabrik, die mit ihrem großen Maschinenpark, sämtlichen Vorräten und den noch vorliegenden Aufträgen zum Verkauf steht, beschäftigte in der letzten Zeit noch etwa 30 bis 40 Mann.

Wunderlich, der Wunderknabe der SA.

Ein neuer Stern am hallischen Nazihimmel

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Die Nazioten und solche, die es werden wollen, schwafeln von den zukünftigen Herrlichkeiten des „Dritten Reiches" und liefern uns täglich unzählige Beispiele, wie „schön" es einst im Reiche der Hitler-, Goebbels- und Klaggeß-Indianer sein wird.

Ein großer Stern des „Dritten Reiches" war der Glaser Fritz Wunderlich, der nationalsozialistische Fürsorgepfleger aus Leipzig-Bindenau, der für Pfleglinge empfangene Gelder unterschlug und für sich verbrauchte. Wunderlich war in früheren Jahren Mitglied der verschiedensten Freiwilligenorganisationen. Aus der Reichswehr und Hilfspolizei flog er wegen verschiedener Vergehen hinaus, wurde aber bei den Leipziger „Deutsch-Völkischen" mit offenen Armen empfangen. Während der Zeit des Kapp-Putsches war Wunderlich tätiges Mitglied der Zeitfreiwilligen. Wegen Diebstahls und Hehlerei wurde er mehrfach, zum Teil mit Zuchthaus, bestraft, was ihn jedoch nicht hinderte,

der Führer des Bundes „Sachsen im Reich"

zu werden. Diese Herrlichkeit dauerte so lange, bis seine Genossen dahinterkamen, daß ihre Mitgliedsbeiträge in Wunderlichs unergründliche Taschen flossen. Der Sturm der Entrüstung war groß. Mitglieder dieses Bundes suchten Wunderlich in seiner Wohnung auf, und es kam daraufhin eines Nachts zu einer kleinen Schießerei. Bald verschaffte sich Wunderlich eine neue Einnahmequelle, er gründete den „Schlageterbund", als dessen Vorsitzender er mit den Kassengeschäften nicht in Ordnung kam. Die Folge war der Hinauswurf und die Flucht in die Hitlersche SA., wo er schnell Karriere machte. Wahrscheinlich auf Grund seiner „besonderen Fähigkeiten" wurde er Führer der Lindenauer SA. und zeigte dabei Wunder von Tapferkeit. Seine Wohnung verließ er nie anders als mit eingewickeltem Senftopf, während er die Uniform der SA. wohlverhüllt unter seinem Mantel verbarg. Im übrigen war er fast bei jeder Schlägerei dabei, und verstand es als „Führer" glänzend, im Hintergrund zu verschwinden. Bei den Stadtverordnetenwahlen im Jahre 1930 wurde Wunderlich an vierter Stelle der Wahlliste aufgestellt. Ein Nazi mehr im Stadtparlament, und Leipzig hätte das zweifelhafte Vergnügen gehabt, einen wegen Eigentumsvergehens mehrfach und schwer vorbestraften Menschen als Stadtverordneten zu haben.

Später wurde Wunderlich von der Nazifraktion als Fürsorgepfleger in Lindenau bestellt. Nach kaum sechsmonatiger Tätigkeit hatte er viele Fürsorgeempfänger um die dürftige Unterstützung geprellt. Vom Gericht wurde Wunderlich zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dabei billigte ihm das Gericht trotz seiner Vorstrafen und der Gemeinheit der Tat noch mildernde Umstände zu, weil es Wunderlich auch hier verstand, das Gericht zu täuschen, und angab, nur aus „bitterer Not" gehandelt zu haben. Dabei soll aber festgestellt werden, daß Wunderlich während der Zeit seiner so „bitteren Not" fast täglich mit einer Kraftdroschke von und nach seiner Wohnung fuhr, sich Tag und Nacht in den verschiedenen Nazilokalen herumtrieb, dort soff und sich sonst dicke tat.

Als Wunderlichs Unterschlagungen als Fürsorgepfleger aufgedeckt wurden, schüttelte ihn nicht etwa die Nazipartei ab, vielmehr verschwand Wunderlich mit seiner Familie still und leise aus seiner Wohnung und aus Leipzig. Nach genauen Erkundigungen bei seinen ehemaligen Parteigenossen soll Wunderlich auf höhere Parteianordnung

nach Halle versetzt

worden sein. So unglaublich das auch klingen mag, bei den Nazis muß man das für möglich halten, denn um die Hakenkreuzfahne sammelt sich allerhand Gesocks, um dunklem Gewerbe nachzugehen und bei jeder Schandtat von ihrer Partei gedeckt zu werden.

Die Mitschuldigen / Theorie und Praxis des hallischen Blattes der Gebildeten in der Bekämpfung der Verrohung politischer Sitten

Warum wohl haben Verleumdungen und leichtfertige Ehrabschneiderei bei uns einen so ungeheuerlichen Umfang angenommen? Weil schwerste Beleidigungen, die einem Mann oder einer Frau die Ehre rauben, meist mit geradezu lächerlichen Geldstrafen geahndet werden. Wir haben ja im Halle erst vor einigen Tagen wieder gesehen, wie gering sogar republikanische Gerichte Beleidigungen gegen republikanische Minister, die zugleich auch die republikanische Staatsform mit herabsetzen, bewerten. Insofern ist es begreiflich, wenn die neueste Notverordnung eine Verstärkung des Ehrenschutzes vorsieht. Nach der Verordnung wird üble Nachrede gegen Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, wenn die üble Nachrede geeignet ist, das Vertrauen in die beleidigte Persönlichkeit zu erschüttern.

Wie nötig verstärkter Ehrenschutz ist, zeigt folgender Fall: Der preußische Katasterangestellte Friedrich Ganz war kürzlich so geschmackvoll, im Lokal „Südpol" in einem politischen Gespräch mit Stahlfreunden den sozialdemokratischen Wehag-Direktor Schaumburg öffentlich zu beleidigen. „Paßt mal auf", sagte er, und trat an die kleine Billardtafel, „jetzt werde ich euch einmal den Wagenwäscher Schaumburg an die Tafel malen" — und er malte. Dann wischte er sein „Kunstprodukt" wieder weg und meinte: „Und jetzt male ich euch den Zuchthäusler Schaumburg." Und wieder entstand ein entehrendes Bild. Das war selbst einem seiner Stahlfreunde zuviel, und er gemahnte ihn, anständig zu bleiben. Auch andere Gäste waren über die üblen Beschimpfungen sehr empört. Ein politisch Parteiloser wandte sich an Ganz und meinte, was ihm denn Schaumburg getan habe, daß er ihn grundlos einen Zuchthäusler nenne, und machte ihm Vorwürfe wegen seines Verhaltens. Da kam er aber bei Ganz schön an.

Dieser Tage hatte sich der Schimpfbold nun vor dem Schnellrichter des Amtsgerichts — auf eine Anklage der Staatsanwaltschaft hm — wegen Beleidigung zu verantworten. Ganz kleinlaut beteuerte er, daß er sich gar nicht erklären könne, wie er so etwas sagen konnte, und bot vielmals um Entschuldigung. Auf die Aeußerung „Zuchthäusler" wollte er sich überhaupt nicht mehr besinnen können. Als das Gericht aber in die Beweisaufnahme eintreten wollte, verzichtete Herr Ganz auf die Zeugenvernehmung. Bedauerlicherweise ließ sich Genosse Schaumburg zu einem Vergleich herbei, anstatt das Gericht auf die Probe zu stellen, wie es derartige schwere Beleidigungsfälle beurteilt.

*

Wir hätten dem Fall kaum größere Bedeutung beigemessen — denn Sozialdemokraten an sichtbarer Stelle sind ja nun einmal Anfeindungen ausgesetzt —, wenn ihn nicht das hallische Blatt der sogenannten gebildeten Schichten zum Anlaß genommen hätte, von sich aus Schaumburg in der übelsten Weise verächtlich zu machen: die „Saale-Zeitung"! Wir hätten sehen mögen, wie sich das Blatt aufgeregt hätte, wenn zufällig ein anderer, ihr nahestehender Wehag-Direktor mit den Beleidigungen bedacht worden wäre. So aber war es ja nur der ehemalige Straßenbahner, der Führer der hallischen Sozialdemokratie. Für den Schutz solcher Persönlichkeit besteht nach Ansicht der „Saale-Zeitung" kein öffentliches Interesse. Um ihn noch weiter herabzuwürdigen, ist für das Hugenbergblatt die Wehag sogar ein Privatunternehmen. Die „Saale-Zeitung" geht sogar so weit, daß sie, während sie den gröblich Beleidigten selbst verächtlich macht, den Beleidiger bemitleidet und den Ausgang des Prozesses — den Vergleich — mißbilligt. Man hätte den Beleidiger lieber überhaupt freigesprochen gesehen.

So geifert und hetzt eine Zeitung, die sich in ihren Leitartikeln gegen die Verrohung der politischen Sitten wendet. Sie hat nach diesem üblen Schrieb nicht das mindeste Recht, sich darüber aufzuregen. Denn wenn dieser Verrohung der politischen Sitten ein Ende bereitet werden soll, dann muß erst einmal diese bürgerliche Rechtspresse derartige üble Methoden abgewöhnt bekommen. Sie hat sich bisher nur zu Mitschuldigen an dieser Kulturschande gemacht.

Warum wurde verboten?

Die Gründe des Verbots der Nazi-Universitätszeitung.

Auf knallrotem Papier veröffentlicht die „Hallische Universitätszeitung", das Hetzorgan der hallischen Klamauktudenten, jetzt die Begründung des Verbotes ihres Erscheinens durch den Oberpräsidenten. Ein wahrer Pfuhl der Gemeinheit tut sich da auf, aus dem grüne Jungens die Republik, ihre Minister und ihre Polizei mit Beschimpfungen, Verleumdungen und Verächtlichmachungen bedachten.

Da steht zum Beispiel in Nr. 1 in dem Aufsatz „Wider den undeutschen Geist" von Goebbels, daß das deutsche Volk keine Ehre mehr besitze, daß Verzicht auf Wehrhaftigkeit, Selbstaufgabe, Kampf für Weltbürgertum seine Götzen heißen, und daß seine Ehre in Kuhhandel und Gauneret, in Eigennutz und Betrügereien erstickte und ertrank. Das Symbol dieses Staates gehe in Frack und Zylinder, in rauschenden Kleidern und geschminkten Lippen einher.

In dem Aufsatz „Das System Grimme" in derselben Nummer wird der preußische Kultusminister dadurch böswillig verächtlich gemacht, daß behauptet wird, er habe soweit nur irgend möglich Sozialdemokraten, Juden und sogenannte religiöse Sozialisten als Lehrämtern belehnt. Von einer Prüfung der Leistungsfähigkeit und Anerkanntheit könne dabei nicht mehr die Rede sein. In Nr. 2 des Hetzblättchens wird in dem Aufsatz „Verboten" der Rektor in scharfer und unsachlicher Weise angegriffen und in dem in gleicher Nummer erschienenen Artikel „Wenn der Gummiknüppel an Preußens Hochschule regiert" wird die Polizei als Einrichtung des Staates beschimpft und böswillig verächtlich gemacht.

So schreiben junge Leute ohne jede praktische Erfahrung über einen Staat, der jedem einzelnen von ihnen jährlich 2000 Mk. zu ihrem Studium zuschießt — von dem sie also nichts als Vorteile haben.

Unkenntnis der Notverordnung schützt nicht vor Strafe

Verteilung nicht genehmigter Flugblätter ist strafbar.

Die Strafkammer Halle verurteilte als Berufungsinstanz drei junge Leute wegen Verteilung von politischen Flugblättern, die der Behörde nicht zur Genehmigung vorgelegt worden waren, zu je 50 Mk. Geldstrafe oder je 10 Tagen Gefängnis. In erster Instanz war Freispruch erfolgt, weil sich nicht nachweisen lasse, daß die Angeklagten gewußt haben, daß die Flugblätter nicht genehmigt waren. Der Staatsanwalt hatte Berufung eingelegt mit der Begründung, daß Unkenntnis der Notverordnungsbestimmung kein Grund für Straflosigkeit sei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262193112 09-19/fragment/page=0003

Metallarbeiter! Übt Disziplin!

Kein Lohndiktat in Mitteldeutschland

Die Nachverhandlungen über den Lohnabbau-Schiedsspruch für die Tarifgebiete Anhalt, Halle, Magdeburg und Thale sind gescheitert. Die Metallarbeiter erklärten sich auf Anraten des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums, Herrn Regierungsrat Koch, grundsätzlich zu einer Verständigung bereit, die eine Milderung des Lohnabbaues vorsieht, aber mit Rücksicht auf die zu erwartende Notverordnung, die aller Voraussicht nach auf die Löhne und Tarife Bezug nimmt, schlugen sie vor, die

Verhandlungen bis zur Veröffentlichung der Notverordnung zu vertagen,

womit sich auch der Vertreter des Reichsarbeitsministerium einverstanden erklärte. In der Sonderberatung mit den Metallindustriellen, wo der Regierungsrat Koch den Vorschlag der Metallarbeiter unterbreitete, zogen die Metallindustriellen ihren Antrag auf Verbindlichkeitserklärung zurück, wodurch die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten waren.

Es steht nun zu erwarten, daß die Metallindustriellen

durch Diktat die Löhne festlegen.

Die Kollegen allerorts werden ersucht, sobald die Metallindustriellen mit einem solchen Diktat herauskommen, dieses umgehend der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu melden, die wiederum sofort der Bezirksleitung Kenntnis zu geben hat. Die Organisationsleitung ist gewillt, den Bestrebungen der Metallindustriellen mit allen Mitteln zu begegnen. Um das zu erreichen, ist

höchste Disziplin und Geschlossenheit notwendig.

Die Kollegen werden deshalb dringend ersucht, nichts auf eigene Faust und ohne Zustimmung der Bezirksleitung zu unternehmen.

Lehnt jede Quertreiberei, von welcher Seite sie auch kommen mag, ab, da sie nur den Metallindustriellen nützt!

Die Bezirksleitung Halle des DMV. W. Rößler

Mietnachlässe bei der „Treuhand"

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands hatte infolge der steigenden Notlage der Bergarbeiterschaft in den mitteldeutschen Braunkohlengebieten Anträge an die Bergmannswohnstättengesellschaften und Treuhand-Gesellschaft gestellt, eine Mietherabsetzung durchzuführen. Die Mitteldeutsche Treuhandgesellschaft in Halle ist diesen berechtigten Anträgen zum Teil entgegengekommen. Leider hat die Treuhand einer generellen Senkung der Mieten für alle Arbeiter nicht zugestimmt. Es sollen vielmehr für die nächsten vier Monate den besonders bedrängten Mietern Mietnachlässe gewährt werden.

Den Arbeitslosen, Invaliden und kinderreichen Mietern wird die Dezembermiete erlassen; die Mieter, die über vier Feierschichten verfahren müssen, erhalten für die nächsten vier Monate einen Mietnachlaß von insgesamt 12 Mk.

Diese Regelung gilt nur für die von der Treuhandgesellschaft selbst verwalteten Häuser. Es ist dringend erforderlich, daß auch die Bergmannswohnstättengesellschaften in den einzelnen Revieren schnellstens einen solchen Mietnachlaß im Rahmen des Treuhandbeschlusses durchführen. Das trifft vor allen Dingen für die Bornaer „Bewo" zu, die die höchsten Mieten in Mitteldeutschland erhebt.

Diebstähle in Nord und Süd

In der vergangenen Nacht ist auf einem Sportplatz in der Dessauer Straße ein Geräteschuppen gewaltsam erbrochen worden. Den Dieben fiel neben 12 Fuß- und Handbällen ein brauner Handkoffer mit Fußballspielerkleidung in die Hände.

In der voraufgegangenen Nacht wurden zwei Geschäfte im Süden von Einbrechern heimgesucht. Aus einem Zigarrengeschäft in der Elsa-Brändström-Straße wurden 10 000 Zigaretten und 1500 Zigarren und aus einer Fleischerei in der Schönitzstraße für 200 Mk. Fleisch- und Wurstwaren gestohlen.

Eine Siedlung der Kinderreichen in München

In München ist ein neuer Siedlungsblock entstanden, in dem nur Familien mit zahlreichen Kindern aufgenommen werden, die von den meisten Hausbesitzern bekanntlich ungern gesehen werden.

Die Lotterie der Arbeiterwohlfahrt

die am 19. und 21. Dezember d. J. im Berliner Gewerkschaftshaus gezogen wird, bietet bei einem Lospreis von nur 50 Pfennigen 143 696 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtwerte von einer halben Million Reichsmark. Der Höchstgewinn ist ein eingerichtetes Landhaus. Die Hauptgewinne im Werte von 5000 bis 20 000 Mk. sind ebenfalls Landhäuser. Daneben gibt es hunderte Gewinne mittleren Wertes von 50 bis 1000 Mk. Der Spielplan wird ergänzt durch fünfzehntausend Gewinne im Werte von 5 Mk. und 10 Mk. Schließlich gibt es als Trostpreise noch zirka 130 000 Zweimarkgewinne. Sie bestehen aus rostfreien Bestecken (Eßlöffel, Gabel und Messer), rostfreien Kaffeelöffeln, prima Rasierapparaten mit einigen Klingen in Nickeletui, Küchengarnituren (Aufhängebrettchen mit Brotmesser, Abziehstahl, praktischem Büchsenöffner, Kartoffelschäler und Korkenzieher) sowie unzerbrechlichem Geschirr.

Alle Gewinne werden auf Verlangen mit 90 Prozent ihres planmäßigen Wertes auch in Bargeld eingelöst, so daß ein jeder Wunsch befriedigt werden kann.

Die Gewinnchancen sind bei keiner anderen Lotterie so günstig, zumal der Preis des Loses recht gering ist. Der Kauf eines Loses darf von jedem erwartet werden, denn die Einnahmen aus der Lotterie kommen restlos dem notleidenden Proletariat zugute.

Händelabend in der Volkshochschule

Der zweite Abend hallischer Komponisten ist dem großen Hallenser Händel gewidmet. Dr. Friedrich Biol wird über Händels Leben und Werk sprechen und einige Opern- und Oratorienarien singen. Am Flügel: Dr. Hans Gaartz. Die Veranstaltung findet am Freitag, 20 bis 22 Uhr, in der Aula des Lyzeums I, Eingang Unterberg, statt.

Hingewiesen wird auf den dritten Kulturfilmabend am Freitag, dem 18. Dezember, 20 Uhr. Vorgeführt wird der Kulturfilm „Die Wunder der Schöpfung", außerdem ein lustiges Beiprogramm. Freitag und Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, wird das gleiche Programm in Sonderveranstaltungen für Erwerbslose wiederholt. Karten hierzu sind kostenlos gegen Ausweis vom 14. Dezember an in der Geschäftsstelle der Volkshochschule, Salzgrafenstr. 2, zu haben.

Der englische Parlamentarismus. Heute, Mittwoch, 18 Uhr, findet im Rahmen der Sammelvorlesung der Universität „Der Staat" im Hörsaal 18 ein Vortrag von Prof. Dr. Friedr. Hertz: „Entwicklung und Geist des parlamentarischen Staates in England" statt.

Späterlegung eines Personenzuges. Vom Donnerstag, den 10. Dezember, an verkehrt der Personenzug 921 (bisher Halle ab 22,41, Bitterfeld an 23,24) wie folgt später: Halle ab 22.58, Hohenthurm 23.09, Landsberg 23.16, Brehna 23.23, Roitzsch 23.29, Bitterfeld an 23.38.

Man reist weniger. In den hallischen Gast- und Logierhäusern sind im November 5088 Fremde abgestiegen, darunter 91 Ausländer. Im November 1930 waren es 6373, im November 1913 = 7116 Fremde.

Die Zigarrenköpfchensammler hielten kürzlich eine Monatssitzung ab, um Vorbereitungen für die bevorstehende Weihnachtsbescherung zu treffen. Bekanntlich stellen sich die Mitglieder bei behördlichem Schutz die Aufgabe, Kleinigkeiten zu sparen, die meist unbeachtet bleiben, wie Zigarrenköpfchen, Flaschenkapseln usw. Annahmestellen in der Stadt sind durch aushängende Plakate kenntlich gemacht. Der Führer der Gemeinschaft, Kaufmann Reinhold Aßmann, Große Ulrichstraße 49, ist außerdem gern bereit, Zuwendungen für die Aermsten entgegenzunehmen. Passive Mitglieder sind erwünscht. Der Beitrag beträgt 6 Mark als einmalige Jahresunterstützung. Damen und Herren, die der Vereinigung kostenlos beitreten wollen, werden gebeten, ihre Adresse dem Vorsitzenden bekanntzugeben.

Versammlungen und Veranstaltungen

Mitteilungen unter dieser Rubrik kosten 40 Pfg. die Zeile und müssen bei der Aufgabe bezahlt werden. Festlichkeiten können hier nicht bekanntgegeben werden.

Biochemischer Verein Halle. Freitag, den 11. Dezember, 20 Uhr, findet in „Mars la Tour", Gr. Ulrichstraße, ein Vortrag mit Lichtbildern durch Herrn Hans Bitzer statt über: „Die Krankheiten der Atmungsorgane, ihre Entstehung, Erkennung und Heilung durch Biochemie."

Krankenkassen-Lieferant
Für Augengläser Brillen-Schmidt
53 Große Ulrichstraße 53
neben Schulstraße

Auch die einfachste Speise ein Leckerbissen, der kleine Luxus eine schöne Wachstuchdecke. Spezialabteilung Gummi-Bieder, Ecke Steinstraße und Geiststraße (Nähe Markt)

Stahl und Blut

Roman von Frank Arnau

Copyright by Merlin-Verlag, Baden-Baden.

44) (Nachdruck verboten.)

„Natürlich bin ich froh; es ist kein Vergnügen, auf der Straße zu liegen. Und dann — meine Agnes erwartet ein Kind. Vielleicht ist es uns sogar möglich, eine kleine Wohnung zu bekommen — wir wollen ja auch heiraten — ihrer Eltern wegen, Herr Doktor. Als Vorarbeiter verdient man doch schon erträglicher und — nun ja, man hat ja so seine Träume, nicht wahr?"

Der Anwalt lächelte: „Was haben Sie für Träume, Herr Hammer?"

Thomas Hammers Blick schien in eine weite Ferne zu fliehen.

„Ich denke manchmal", sagte er, „ob ich nicht versuchen sollte, einen Werkmeisterkursus zu machen. Das sind so Abendkurse, wissen Sie, Herr Doktor, und man macht dann eine Prüfung, und — Werkmeister, das ist dann schon etwas. Sie dürfen nicht denken, daß ich ein Streber bin — ich habe mich noch nie geschämt, wenn es hieß, der Metallarbeiter Thomas Hammer, — und wenn ich daran denke, daß ich eine Familie zu erhalten haben werde, so ist es mir doch auch nicht um das höhere Einkommen zu tun. Ich bin bedürfnislos und auch meine Kinder werden bedürfnislos sein. Aber es ist da etwas anderes. Sehen Sie, ich habe als einfacher Arbeiter in der Agischag doch in verhältnismäßig kurzer Zeit auf meine Kameraden einen gewissen Einfluß ausgeübt; ich kann wohl sagen, daß sie an mir hängen. Wäre ich nicht im Gefängnis gewesen, so wäre auch die dumme Sache mit dem wilden Streik nicht gemacht worden. Und so denke ich mir, wenn ich eine höhere Stellung einnehmen würde, wäre manches möglich. Wie das heute ist: schon vom Vorarbeiter aufwärts fühlt sich jeder verpflichtet, die Interessen der Arbeitgeber zu vertreten. Und gerade die kleinen Hunde sind manchmal die bissigsten. Das müßte nicht sein. Wenn ich Werkmeister werden könnte, würde ich mich um so mehr verpflichtet fühlen, zu den Kameraden zu stehen, weil ich weiß: gerade das ist es, was uns fehlt. Hier könnte ich wirken nicht allein für mich, sondern für alle. Das ist mein Traum."

Der Anwalt sah den Arbeiter lange wortlos an.

„Herr Hammer", sagte er dann, „ich sehe, daß ich mich in Ihnen nicht geirrt habe. Sie werden nicht in die Agischag zurückkehren. Auch nicht als Vorarbeiter. Und Sie werden auch nicht Werkmeister in einem großen Betriebe sein. Denn sehen Sie, das ist ja alles ganz richtig, was Sie da sagen, — daß Sie intensiver wirken könnten für ihre arbeitenden Kameraden, wenn Sie sich in einer sogenannten höheren Stellung befänden, — aber — überschätzen Sie das nicht! Die langen Stunden schwerer Arbeit, die Sie in dem Werk zu verrichten haben, sind mehr als genug. Noch sind Sie jung, noch macht es Ihnen nichts aus, sich einmal, zweimal in der Woche ein paar Arbeitstunden abzuknabbern, — aber Sie bleiben nicht immer jung, Thomas Hammer! Auch für Sie wird die Zeit kommen, in der Sie sich den Luxus, für die anderen zu denken und zu arbeiten, nicht mehr leisten können — nach ein paar Jahren sind Sie, wenn Sie im Betrieb bleiben, verbraucht, — und Sie werden genug mit sich selbst zu tun haben! Und weil Sie dann einfach nicht mehr so können, wie Sie wollen, werden Sie unglücklich sein. Das möchte ich Ihnen ersparen, Thomas Hammer. Wenn einer weiß, worum es für die Arbeiterschaft geht, dann sind Sie es. Wenn einer weiß, wie es angepackt werden muß, damit die Arbeiterschaft vorwärts kommt, — dann sind Sie es. Sie haben die Ruhe, die Ueberlegenheit, die Besonnenheit, — und Sie haben die Liebe. Das ist es. Darum bin ich der Meinung, Sie gerade dürften nicht in der Tretmühle des Werkes zermürbt werden, — Sie gerade müßten Ihre ganze Kraft der Bewegung selbst widmen! Sehen Sie ich teile die Menschen ein in Empfänger und in Sender. Die Empfänger, das sind die, die nur an sich denken, die nur für sich erraffen wollen, was möglich ist. Die finden Sie in allen Kreisen. Ein typisches Beispiel: der Herr Direktor Görweed. Das ist schon kein Empfänger mehr, das ist ein Raffer. Er rafft alles: Arbeitskraft der anderen,

EIN PASSENDES WEIHNACHTSGESCHENK
Der Roman
Stahl und Blut
von Frank Arnau, der bei unsern Lesern sehr viel Anklang fand, ist auch
In Buchform erschienen
Kartoniert 2,50 Mk., in Leinen gebunden 3,85 Mk
334 Seiten stark — Erhältlich in der
VOLKSBLATT-BUCHHANDLUNG HALLE S.
Große Ulrichstraße 27

Geld, Menschen. — Die Sender aber, Thomas Hammer, das sind Menschen wie Sie, — Menschen, die sich selbst nur so weit wichtig sind, als sie für die anderen wirken können. Ich bin überzeugt, Sie haben in den sechs Wochen Untersuchungshaft viel mehr an Ihre Agnes und an Ihre streikenden Kameraden gedacht, als an sich selbst. Solche Menschen aber sind es, die die Welt vorwärts bringen; sie sind die Schaffer. Die anderen sind die Zehrer. Diese Schaffer aber haben andere Aufgaben, als täglich acht und unter Umständen noch mehr Stunden an der Maschine zu stehen, — und in wenigen Jahren verbraucht zu sein.

Sie, Thomas Hammer, Sie sind ein Sender. — Wollen Sie Ihre ganze Arbeitskraft Ihren leidenden Kameraden widmen? Die Bewegung hat einen Posten für Sie — ich spreche zu Ihnen im Auftrag der Bewegung. Wir können Leute brauchen von Ihrer Umsicht, von Ihrem Verstand, — und vor allem von Ihrer Liebe. Freilich — goldene Berge kann ich Ihnen nicht versprechen, und Sie würden sich, anfangs wenigstens, kaum viel besser stehen, als ein Vorarbeiter bei der Agischag. Aber denken Sie an die Millionen, Thomas Hammer, — an die Millionen von Arbeitern, die heute immer noch Menschen geringeren Rechtes sind! Denken Sie an die Millionen von Arbeitern, die ein erbarmungswürdiges Dasein haben, — und die sich selbst nicht helfen können, die sich nicht befreien können, schon allein aus dem Grunde nicht, weil Ihnen die Einsicht fehlt. — Lockt es Sie nicht, Ihre ganze Arbeitskraft für diese Leidenden einzusetzen, für die Bedrückten, — die Ausgebeuteter, die Hungernden?"

Der Anwalt sah in die glänzenden Augen Thomas Hammers. Thomas antwortete nicht gleich.

„Ich weiß nicht, Herr Doktor", sagte er nach einer Weile, „ob Sie mich nicht bedeutend überschätzen! — Ich kann mir schon ein Bild von dem machen, was Sie mir hier vorschlagen, — aber sehen Sie — ich weiß nicht, ob es bei mir dazu langt. Das Herz wohl, aber das Hirn? Ich habe doch nichts als eine recht oberflächliche Volksschulbildung, und was man sich eben so im Laufe der Jahre angelesen hat. Das ist wenig genug!"

„Sie sollen ja auch nicht als ein Fertiger kommen — ganz abgesehen davon, daß es Fertige überhaupt nicht gibt! Sie sollen Gelegenheit haben, sich einzuleben und einzulernen. Die Führer der Bewegung wissen schon, was sie wollen: Menschen, Vollmenschen, mit Doktoren ist uns nicht gedient, und zum Parteibeamten, — wenn wir schon dieses ein wenig fatale Wort gebrauchen wollen, — ist das Gymnasial-Absolutorium nicht nötig, sondern ein klarer Verstand und ein Herz voll Liebe. Beides haben Sie, Thomas Hammer — schlagen Sie ein!"

Thomas Hammer ergriff die ausgestreckte Hand des Anwalts und hielt sie fest:

„Es wird mir nicht ganz leicht, Herr Doktor. Wenn ich ganz offen sein will: ich habe mich auf den Tag gefreut, an dem ich wieder in Reih und Glied stehen würde mit den vielen lieben Menschen, die mich in meiner Not nicht verlassen haben. Ich habe keine Sehnsucht nach dem laufenden Band, aber ich habe Sehnsucht nach den Menschen, nach Willem Grund, nach meinen Nebenmännern links und rechts!"

„Gut. Das begreife ich. Und das ehrt Sie, Thomas Hammer. Aber Sie müssen bedenken, daß Sie Ihren Nebenmännern links und rechts und Ihren hundert Freunden nicht viel nützen können, wenn Sie mit ihnen zusammen jahraus, jahrein am laufenden Band stehen. Da, wo ich Sie haben möchte, können Sie mehr tun. Innerlich verbunden mit Ihren Freunden, mit den Hunderten, mit den Millionen bleiben Sie ja immer — ich möchte sagen, Sie werden erst recht, wenn Sie nicht mehr in Lohnarbeit sich zermürben, sondern sich ganz der Arbeiterbewegung, — der leidenden Arbeiterschaft widmen!"

„Ich will tun, was ich vermag, Herr Doktor Meßmer!"

Als Thomas Hammer wieder auf der Straße stand, überlegte er: sollte er erst Agnes davon Mitteilung machen, welch eine Wendung sich in der äußeren Gestaltung seines Lebens zu vollziehen schien — oder sollte er gleich die Kameraden unterrichten? — Agnes — da mußte er warten, bis sie nachts aus dem Restaurant kam. Und außerdem: daß sie damit einverstanden sein, daß sie sich sogar herzlich freuen würde, das war im voraus klar.

Er ging zu Willem Grund.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311209-19/fragment/page=0004

Aus dem Reich der Technik

Schutz der Oberfläche von Eisen und Stahl

Rostfreie Stähle — Rostüberzieher — Metallspritzen

Durch Verrostung gehen alljährlich ungeheure Werte verloren, und es ist selbstverständlich, daß man immer wieder versucht hat, Schutz gegen den Rost zu finden. Wesentliche Mitteilungen bringt eine gemeinfaßliche Darstellung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf über das Eisenhüttenwesen, die im Verlag „Stahleisen" in Düsseldorf erschienen ist.

Um Eisen und Stahl gegen das Rosten und den Angriff von Säuren zu schützen, sind verschiedene Wege eingeschlagen worden. Man hat versucht, dem Eisen Stoffe (in der Hauptsache Metalle) zuzusetzen bzw. mit ihm zu legieren, die imstande sind, seine Widerstandsfähigkeit gegen den Rostangriff zu erhöhen. Das ist in den letzten Jahren auf Grund deutscher Forschungen durch Legieren mit 13 bis 20 Proz. Chrom, dem teilweise noch 5 bis 10 Proz. Nickel zugefügt werden, auch vollständig gelungen. Diese rostfreien Stähle zeichnen sich durch eine völlige Unangreifbarkeit durch Feuchtigkeit, Wasser, Atmosphärilien und organische Säuren aus. Auch gegen konzentrierte Salpetersäure sind sie sehr widerstandsfähig. Das Anwendungsgebiet dieser Stähle, die je nach dem Kohlenstoffinhalt in verschiedener Härte erhalten werden, ist naturgemäß sehr ausgedehnt. Sie zeichnen sich zudem durch die Eigenschaft aus, auch bei höheren Temperaturen bis zur hellen Rotglut nicht zu zundern (oxydieren). Ihr durch den Chrom und Nickelstahl bedingter hoher Preis hat aber die Bestrebungen, durch andere billigere Zusätze eine, wenn auch geringere Rost- und Zunderfestigkeit zu erreichen, nicht ruhen lassen. Ein Kupferzusatz von 0,15 bis 0,30 Proz. scheint in manchen Fällen den Rostangriff zu verlangsamen, während ein hoher Silizium- und Aluminiumgehalt neben einer wesentlich erhöhten Rostwiderstandsfähigkeit vor allem das Verzundern bei höheren Temperaturen verhindert.

Ein allgemein bekanntes Mittel, dem Rostangriff entgegenzuwirken, besteht darin, die vor dem Rosten zu schützenden Gegenstände mit geeigneten Stoffen zu überziehen, natürlich ist die Wirksamkeit und Dauer des Rostschutzes von der Haltbarkeit der Ueberzüge abhängig. Als Rostschutzmittel kommen in Betracht: Farben-, Lack-, Teer-, Emaille- und Metallüberzüge. Das Ueberziehen mit Teer wird vielfach bei Eisenbahnschwellen, das Umwickeln mit getecrten Stoffen bei Gas- und Wasserleitungsrohren angewendet. Von den Metallüberzügen sind die wichtigsten solche mit Zinn, Zink, Kupfer, Blei, Nickel, Chrom und Kobalt. Der Anbringung des Metallüberzuges muß in jedem Falle eine sorgfältige Reinigung der zu metallisierenden Fläche vorhergehen, die im allgemeinen durch Beizen in Säure, vorzugsweise in verdünnter Schwefelsäure, vorgenommen wird. Für das Auftragen des Metalls bestehen verschiedene Verfahren.

Das Tauchverfahren kommt nur bei Ueberzugsmetallen mit niedrigem Schmelzpunkt (Zinn, Blei, Zink) in Betracht. Die mit dem Ueberzug zu versehenden Gegenstände werden in das flüssige Metallbad getaucht, in dem sie je nach der Dauer des Aufenthaltes einen mehr oder weniger dicken Metallüberzug annehmen. Man spricht z. B. von Feuerverzinkung, Feuerverzinnung. Nachteilig ist bei diesem Verfahren neben der ungleichmäßigen Metallauflage der große Metallverbrauch. Ein Zusatz von 3 Proz. Aluminium zum Zinkbade (Patentverzinkung) vermindert diesen Uebelstand. Bei allen Metallen, besonders bei denen mit höherem Schmelzpunkt (Kupfer, Nickel, Chrom, Kobalt) wendet man auch das elektrolythische Verfahren (galvanisieren) an, bei dem die mit dem Ueberzuge zu versehenden Gegenstände in der betreffenden wässerigen Metallsalzlösung unter Einwirkung eines schwach gespannten elektrischen Stromes ihren Ueberzug erhalten, der nach Wunsch sowohl unmeßbar dünn als auch einige Millimeter dick gestaltet werden kann.

Für das Verzinken besteht ein besonderes Verfahren, das Scherardisieren, bei dem eine Verzinkung sozusagen auf trockenem Wege stattfindet; die Gegenstände werden in einem luftdicht verschlossenen Behälter in Zinkstaub auf 150 bis 350 Grad, je nach Art und Zusammensetzung der betreffenden Eisenlegierung erhitzt, wobei für den reineren, d. h. niedrig gekohlten Stahl die tiefere Temperatur in Betracht kommt, während bei steigendem Kohlenstoffgehalt höhere Temperaturen Anwendung finden.

Gegenstände, die dauernd hohen Temperaturen ausgesetzt sind, und bei denen vor allem die Gefahr der Verzunderung vorliegt, werden neuerdings nach einem mit Kalorisieren oder Alitieren bezeichneten Verfahren behandelt. Sie werden längere Zeit in Aluminiumpulver geglüht oder auf andere Weise mit einem Aluminiumüberzug versehen und geglüht, wobei sich an der Oberfläche eine Aluminium-Eisen-Legierung bildet, die ähnlich wie die mit sehr hohen Aluminium- und Siliziumzusatz vergossenen Stücke infolge rascher Bildung einer dichten dünnen Oxydschutzschicht außerordentlich widerstandsfähig gegen das Verzundern ist.

Besondere Beachtung verdient das Schoopsche Metallspritzverfahren, das darin besteht, Gegenstände durch Aufspritzen von flüßigem Metall mit einem Metallüberzug zu versehen. Es bietet die Möglichkeit, Metalle im Zustande feinster Verteilung auf beliebig geformte Unterlagen aufzuspritzen.

Im einzelnen ist zu bemerken: das Verzinnen, eines der teuersten Metallisierungsverfahren, findet besondere Anwendung bei solchen Gegenständen, die zur Herstellung oder Aufbewahrung von Lebensmitteln dienen. Hierhin gehört vor allem die Erzeugung von Weißblech, d. h. von dünnen, mit Zinnüberzug versehenen Eisenblechen (Feinblech), die z. B. zur Herstellung von Konservenbüchsen dienen; auch Draht wird vielfach verzinnt.

Verzinkte Bleche finden zur Herstellung gewöhnlicher Blechwaren in Form von Dachblechen und Wellblechen als Eindeckung Verwendung.

Das Verbleien kommt vorzugsweise für solche Stahlgegenstände in Betracht, die dauernd den Einwirkungen von Chemikalien und Säurelösungen ausgesetzt sind, da das Blei eine besondere Widerstandsfähigkeit gegen diese Stoffe besitzt. Bleche mit einem Ueberzug von Blei und Zinn sind unter der Bezeichnung Mattbleche bekannt.

Eine Verkupferung zum Schutze gegen das Rosten findet weniger statt, weil das Kupfer selbst sehr leicht oxydiert (Grünspanbildung). Eine selbsttätige Verkupferung in Kupfersalzbädern findet Anwendung beim Drahtziehen, wobei der Kupferüberzug wie ein Schmiermittel wirkt. Die Vernickelung von Eisengegenständen zum Schutze gegen Rostbildung hat einen großen Umfang angenommen, weil das Nickel eine besondere Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Rostangriff besitzt. Veranlaßt durch die Erfolge der hochchromhaltigen rostfreien Stähle wird in neuester Zeit viel Gebrauch von der Verchromung gemacht, die bei zweckmäßiger Herstellung des Ueberzugs auch gute Erfolge aufzuweisen hat.

Einen sehr guten Schutz gegen das Rosten gewährleistet ein Ueberzug aus Emaille. Die Emaille ist eine glasartige Masse, die durch geeignete Zusätze die dem besonderen Verwendungszweck angepaßte Beschaffenheit erhält. Aus ihr wird eine breiartige Masse hergestellt, mit der die zu emaillierenden Gegenstände bestrichen werden; dann wird in den sogenannten Emaillieröfen die Emaille eingebrannt. Man unterscheidet zwischen Grund- und Deckemaille.

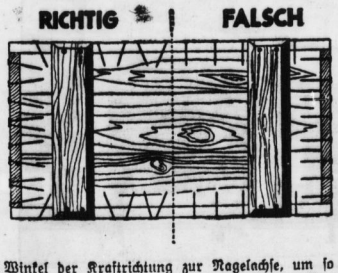
Erwähnung verdient noch das Brünieren von Gewehrläufen und feineren Eisenteilen; es besteht darin, daß die zu behandelnden Gegenstände noch sorgfältiger Reinigung mit Antimonchlorid bestrichen und in der Wärme getrocknet werden.

Weiterhin hat das Inoxydationsverfahren noch eine gewisse Bedeutung; bei ihm wird durch Glühen der fertigen Eisenwaren (Gußeisen oder Stahl) bei Rotglut (800 bis 900 Grad) und Abkühlung an der Luft eine Schicht von Eisenoxyduloxyd (Magneteisen, Fe_3O_4) erzeugt, die infolge ihrer Unempfindlichkeit gegen feuchte Luft und Wasser einen sicheren Rostschutz bildet.

Das Nageln

Nageln glaubt jeder zu können. Und doch wird viel falsch genagelt.

Der Nagel zieht sich am leichtesten hinaus, wenn die Kraft in der Richtung seiner Längsachse wirkt. Je größer



der Winkel der Kraftrichtung zur Nagelachse, um so fester hält er. Daher kann man an einem dünnen Nagel ein schweres Bild aufhängen. Denn hier beträgt der Winkel 90 Grad.

Es ist also falsch, die Nägel einer Kiste z. B. gerade einzuschlagen, weil dann die Kraft in der Richtung der Nagelachse liegt. Alles Nähere sagen die beiden Bilder.

Hydraulische Forschung

Experimentierflüsse.

Vor kurzem erst sind von den verheerenden Ueberschwemmungen des Yangtsekiang 50 Millionen Menschen betroffen worden, das sind etwa drei Viertel der Bevölkerungszahl Deutschlands. Mit größter Eindringlichkeit hat diese entsetzliche Katastrophe der Welt erneut zum Bewußtsein gebracht, wie unerläßlich es ist, unsere Flüsse und Ströme durch Kunstbauten zu bändigen.

Der Wasserbau dient neben dem Hochwasserschutz der Nutzbarmachung des Wassers für den Menschen zur Versorgung mit Trinkwasser und zur Bewässerung landwirtschaftlicher Gebiete wie auch als Verkehrsweg und Kraftquelle. Schon die Mannigfaltigkeit dieser Aufgaben bringt es mit sich, daß kaum ein Bauwerk dem anderen gleichen kann. So ist es z. B. unmöglich, ein Wehr ein für allemal in seiner Form und Gründungsart festzulegen und dann als Muster für weitere Ausführungen anzusehen. Die Bewegungen des Wassers sind so verwickelt, daß es bisher nicht gelungen ist, allgemein gültige Bewegungsgleichungen zu finden, um auch nur die wichtigsten Probleme des Wasserbaues auf theoretischem Wege zu lösen.

Auf kaum einem anderen Gebiet der Technik ist man deshalb in solchem Maße auf den Versuch angewiesen, wie gerade im Wasserbau und der wirtschaftliche Wert hydraulischer Versuche ist in Fachkreisen heute so sehr anerkannt, daß ein verantwortungsbewußter Unternehmer selten zu einer Bauausführung schreiten dürfte, ehe nicht die Entwürfe in einer Versuchsanstalt auf Sicherheit und Zweckmäßigkeit geprüft sind. Die Kosten hierfür lohnen sich immer, zumal es oft gelingt, auf Grund der Versuche Aenderungen der Bauformen vorzuschlagen, die bedeutende Ersparnisse mit sich bringen.

Die Entwicklung der hydraulischen Forschung hat einen starken Antrieb erhalten, als in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts das erste Flußbaulaboratorium an der Technischen Hochschule Dresden in Betrieb genommen wurde. Seitdem hat sich die Zahl der Flußbaulaboratorien in der ganzen Welt rasch vermehrt und beträgt heute etwa 150. Da man früh erkannt hat, daß dem Modellversuch in kleinem Maßstabe bestimmte Grenzen gezogen sind, lag es nahe, das Bild der hydraulischen Vorgänge durch großmaßstäbliche Versuche in der Natur selbst oder in eigens erbauten Versuchsanstalten zu ergänzen. Auch hier ist Deutschland führend gewesen. Nachdem die Preußische Versuchsanstalt für Wasserbau und Schiffbau in Berlin eine Außenstelle in Marquardt zur Durchführung von Großversuchen eröffnet hat, ist seit wenigen Jahren in Obernach am Walchensee die Versuchsstätte des Forschungsinstituts für Wasserbau und Wasserkraft im Betrieb, in der hydraulische Versuche an Bauten mit sehr großen Abmessungen ausgeführt werden. In engster Fühlung mit den vorgenannten Anstalten und anderen Versuchsstätten werden dort die Aufgaben in Angriff genommen, die nur durch Großversuche im Freien gelöst werden können.

Mit diesen Einrichtungen hat Deutschland in der hydraulischen Forschung einen erheblichen Vorsprung vor der ganzen Welt erlangt. Die praktischen Auswirkungen solcher Untersuchungen auf die Wirtschaft sind beträchtlich, denn sie dienen sowohl der Erhöhung der Sicherheit beim Bau von Wasserkraftanlagen, Stromregulierungen, Wasserstraßen, Bewässerungsanlagen u. a. wie auch der Entwicklung von Bauformen, deren Errichtung ein Mindestmaß an Kosten erfordert. Diese Möglichkeiten haben nicht zuletzt dazu beigetragen, auch das Vertrauen des Auslandes in die deutschen hydraulischen Forschungsstätten zu festigen und ausländische Versuchs- und Bauaufträge für Deutschland zu erlangen.

Schnellgefrierverfahren

Eingefrorene Werte.

Gegenwärtig beträgt der Verlust an leicht verderblichen Lebensmitteln noch immer 10 Proz., das entspricht einem Betrag von 2 bis 3 Milliarden Mark je Jahr.

Bisher bietet nur die Kältekonservierung die Gewähr, Lebensmittel in ihrem ursprünglichen Zustand unverändert und vollwertig zu erhalten. Sie ist von grundlegender Bedeutung u. a. für die Fischwirtschaft, denn nur sie ermöglicht es, trotz der langen Transportwege von den Fangplätzen zur Küste und von dort zum Kleinhändler einen frischen Fisch dem Verbraucher im Binnenlande zuzuführen. Da der Fischreichtum der Nordsee abnimmt, so ist die Vervollkommnung der Kühlung auch Voraussetzung geworden für die Einbeziehung entfernterer Fangplätze. Die auf den Ergebnissen langjähriger Forschung aufgebauten Schnellgefrierverfahren haben besonders in Amerika große Verbreitung gefunden. Dort wurden 1926 in rund 50 Firmen 40 Millionen Pfund, 1928 bereits in rund 90 Firmen 160 Millionen Pfund Fisch zu Gefrierfisch verarbeitet und auch in großem Maßstabe ins Ausland ausgeführt. In Deutschland schenkt man der Frage der Schnellgefrierverfahren jetzt ebenfalls erhöhte Beachtung, da man es für möglich hält, den Fischverbrauch, der zur Zeit nur rund 17 Pfund je Kopf der Bevölkerung beträgt, auf gleiche Höhe zu heben wie in England, wo er sich auf rund 50 Pfund je Kopf beläuft.

Die Verwendung von Gefrierfleisch im großen ist durch manche Umstände erschwert. Bekanntlich gesteht man ihm eine besondere Güte nicht zu. Schuld an dieser Einstellung trägt der Umstand, daß man die Technik des Fleischgefrierens infolge unzureichender Forschungen auch nur völlig ungenügend beherrschte. Das Fleisch wurde z. B. häufig zu schnell aufgetaut, schlecht ausgereiftes Fleisch wurde in den Handel gebracht usw. Heute kann dieser Mangel durch die Erkenntnisse der neuesten Forschung als behoben gelten. In den Vereinigten Staaten verlangt man bei Fischen und Fleisch sogar in zunehmendem Maße ausdrücklich Gefrierware, um sicher frische Lebensmittel zu bekommen. Auch beim Fleisch zählt die Erforschung und Ausgestaltung der Schnellgefrierverfahren zu den Hauptaufgaben. Sie haben schon seit langem eine gewaltige wirtschaftliche Bedeutung für die Fleischversorgung der überseeischen Länder erlangt. In den riesigen amerikanischen Fleischfabriken wird neuerdings das Fleisch in standardisierte dünne Stücke zerlegt, die schnell gefroren werden. Das Fleisch wird gefroren in den Kochtopf gelegt, muß also vor dem Gefrieren gereift sein. Diese Zerlegung im Schlachthof ermöglicht eine viel wirtschaftlichere Verwertung des Abfalles an minderwertigem Fleisch, Fett und Knochen als in Fleischerläden.

Auch die Entwicklung der Kühlverfahren für Obst und Gemüse ist volkswirtschaftlich von größter Wichtigkeit. Alle in kurzen Erntezeiten in großen Mengen anfallenden Produkte sollen über den Zeitraum eines ganzen Jahres dem Verbrauch zugeführt werden. Heute müssen sie jedoch oft wegen der Gefahr des Verderbens schnell zu Schleuderpreisen verkauft werden; der spätere Bedarf ist dann nur aus der Einfuhr zu decken. 500 Millionen Mark fließen jährlich allein für den Bezug von Obst und Gemüse ins Ausland! Gelingt es der Forschung, die Verfahren so zu verbessern, daß sich die Ernteablieferung über längere Zeiträume strecken läßt, so wird damit auch für eine vermehrte Inlandserzeugung ein starker Anreiz gegeben. So werden z. B. in Amerika heute dreimal soviel Aepfel verbraucht als vor 18 Jahren, weil man dort heute an jedem Ort und zu jeder Jahreszeit gute, frische Aepfel erhalten kann.

Aehnlich wie in der chemischen Industrie muß auch in der Lebensmittelkonservierung der Forscher die Impulse in die Praxis bringen. Die hier auftretenden Ingenieurprobleme berühren auf der ganzen Linie Aufgaben der Biologie, der Biochemie, der Physiologie, der chemischen und der technischen Physik. Für eine planmäßige wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit auf diesem Gebiete ist im vorigen Jahre ein „Fachausschuß für die Forschung in der Lebensmittelindustrie" beim Verein deutscher Ingenieure und Verein deutscher Chemiker gebildet worden.

Elektrisches Bremsen von Synchronmotoren

Synchronmotoren kann man nach Abschalten des Stromes besonders schnell durch elektrisches Bremsen zum Stillstand bringen, indem man die Ständerwicklung vom Netz abschaltet und an einen Widerstand legt, während die Felderregung aufrechterhalten wird. Das größte Bremsmoment tritt auf, wenn der äußere Widerstand gleich dem induktiven Widerstand des Motors ist. Die kleinste Bremszeit ergibt sich, wenn man den äußeren Widerstand so bemißt, daß das größte Bremsmoment bei 45 Proz. der vollen Drehzahl auftritt. Noch stärkere Bremswirkung läßt sich erzielen, wenn man die Felderregung verstärkt.

Ein leerlaufender Synchronmotor von 400 PS, 60 Hz, 450 U/min wurde so 1,25 Sekunden nach Abschalten zum Stillstand gebracht. Das Oszillogramm zeigt, daß der Motor in dieser Zeit nur noch drei Umdrehungen machte. Nach 1 Sekunde war die Drehzahl auf 27 U/min gesunken, in der folgenden 0,25 Sekunde machte der Motor nur noch 0,03 Umdrehung. Der erste Bremsstromstoß betrug dabei nur das zweifache des Vollaststromes.

Das Verfahren eignet sich für Motorantriebe, bei denen die Trägheit der angetriebenen Massen ohne großen Einfluß ist, zum Beispiel für Bandlägen. Besonders vorteilhaft ist auch, daß die Bremswirkung unmittelbar an den trägen Massen des Motors, dem Polrad, angreift, den Tragstern und die Welle also nicht beansprucht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262193112 09-19/fragment/page=0005

Einzelheiten der Notverordnung

Die Bestimmungen über Preise, Mieten, Umsatzsteuer sowie Versammlungs- und Uniformverbot

Die neue Notverordnung der Reichsregierung bringt in acht Abschnitten Vorschriften auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik, der Löhne, der öffentlichen Finanzen und der Innenpolitik.

Die wirtschaftspolitischen Vorschriften enthalten in erster Linie

Maßnahmen zur Senkung der Preise und Zinsen.

Danach sollen die gebundenen Preise, ebenso wie die Preise für Markenartikel bis zum 1. Januar 1932 um 10 Prozent gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1931 gesenkt werden. Eine Senkung um 10 Prozent erfahren auch die Kohlen- und Kalipreise. Diese gesenkten Preise dürfen bis zum 1. Juli 1932 nicht erhöht werden. Neben dieser Preissenkung soll ein Schutz gegen Ueberteuerung dadurch erreicht werden, daß ein Reichskommissar für Preisüberwachung bestellt wird, der die Preise für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs, die Tarife der öffentlichen Unternehmungen usw. laufend zu überwachen hat.

Eine große Ueberraschung stellen die Vorschriften über die Zinssenkung dar. Sie sehen vor, daß alle Zinsen von Anleihen, Pfandbriefen, Obligationen usw. gesenkt werden. Soweit die Zinssätze bisher 8 Prozent betragen haben, sollen sie auf 6 Prozent ermäßigt werden, bei Zinssätzen von bisher über 8 Prozent tritt eine Ermäßigung im Verhältnis von 8:6 ein, und bei Zinssätzen über 12 Prozent wird der über 12 Prozent hinausgehende Teil nach dem Verhältnis von 8:4, d. h. um 50 Prozent gesenkt. Diese Zinssenkungsvorschriften gelten auch für alle übrigen Schulden, insbesondere für Hypotheken. Der Aufwertungszinszuschlag, der ursprünglich vom 1. Januar 1932 ab 2½ Prozent betragen sollte, wird auf 1 Prozent gekürzt, so daß die Aufwertungszinsen sich nur von 5 auf 6 Prozent erhöhen. Für alle Schulden, die von der Zinssenkung erfaßt werden, wird ein Kündigungsschutz bis zum 31. Dezember 1933 verfügt, der spätestens am 31. Dezember 1935 abläuft. Neben der Zinssenkung am Kapitalmarkt soll unter Führung des Reichskommissars für das Bankgewerbe am Geldmarkt eine Zinssenkung durchgeführt werden.

Der zweite Teil der Notverordnung umfaßt die

Bestimmungen über die Wohnungswirtschaft.

Die Hauszinssteuer wird jeweils am 1. April 1935 und 1937 um je ein Viertel gesenkt, sie soll vom 1. April 1940 ab überhaupt nicht mehr erhoben werden. Die Hausbesitzer erhalten das Recht, die Hauszinssteuer durch Zahlung eines einmaligen Betrages abzulösen. Der Ablösungsbetrag soll bei Entrichtung bis zum 31. März 1932 das Dreifache und bei Ablösung bis zum 31. März 1934 das Dreieinhalbfache der jährlichen Hauszinssteuer betragen. Das laufende Aufkommen aus der Gebäudeentschuldungssteuer soll grundsätzlich zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden verwendet werden, jedoch können die Länder bestimmen, daß bis zu einem Fünftel Mittel für den Wohnungsbau, die Umschuldung und für Zins- und Mietzuschüsse für Neubauwohnungen bereitzustellen sind. Das Aufkommen aus der Ablösung ist gesondert zu verwalten.

Der dritte Teil der Notverordnung bringt Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung. Er enthält Vorschriften über das Mindestgebot, über die einstweilige Einstellung von Zwangsversteigerungen und besondere Vorschriften zugunsten der Landwirtschaft. Von den sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen des vierten Teiles ist zu erwähnen 1. die Gewährung steuerlicher Erleichterung für die Aufteilung von Gesellschaften (Betriebstrennung und Auflösung), 2. Anpassung der steuerlichen Vermögensbewertung an die derzeitigen Wertverhältnisse, 3. Außerhebungssetzung der Mineralwassersteuer vom 1. Januar 1932 bis zum 31. Dezember 1933, 4. Bildung eines Fonds von 20 Millionen für die Rationalisierung gewerblicher Genossenschaften, 5. Bilanz- und handelsrechtliche Vorschriften, 6. die Ausprägung von Vierpfennigstücken.

Der 5. Teil enthält unter der Ueberschrift

Sozialversicherung und Fürsorge

Vorschriften über die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Knappschaftsversicherung. Auf dem Gebiet der Krankenversicherung werden die Verträge zwischen den Krankenkassen und den Aerzten einer Neuregelung unterworfen, außerdem werden die Leistungen der Krankenversicherung auf die sogenannten Regelleistungen beschränkt und damit freiwillige Mehrleistungen der einzelnen Kassen in Zukunft unterbunden. Bei der Unfallversicherung wird eine Rente nicht gewährt, wenn die Erwerbsbeschränkung infolge des Unfalls weniger als 20 Prozent beträgt. Außerdem fallen alle 20prozentigen Renten nach dem Ablauf von zwei Jahren weg. Des weiteren bringt die Notverordnung eine ganze Reihe von Vorschriften über die Wartezeit, die Anrechnung von Renten, die Kinderzuschüsse usw.

Das Kernstück der Maßnahmen zur Sicherung der Haushalte ist die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,85 auf 2 Prozent mit Wirkung vom 1. Februar 1932. Von dieser allgemeinen Erhöhung sind ausgenommen die Erzeugnisse aus Getreide, Mehl und Backwaren. Die Sondersteuer für Warenhäuser und Konsumvereine bleibt im bisherigen Ausmaß bestehen. Ihre Steuer beträgt also im allgemeinen 2,5 Prozent und bei den begünstigten Lebensmitteln wie bisher 1,35 Prozent. Neben der allgemeinen Erhöhung wird eine Ausgleichsteuer auf die Einfuhr eingeführt, von der gewisse Waren, vor allem Rohstoffe, ausgenommen werden sollen. Der Reichsfinanzminister erhält die Ermächtigung, die Umsatzsteuer nach dem Vorbild der österreichischen Umsatzsteuer auf der Grundlage der sogenannten Phasenpauschalierung umzugestalten.

Zur Erleichterung der Kassenlage im laufenden Rechnungsjahr werden die Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftssteuer vom 10. April auf den 10. März 1932 verlegt.

Besondere Maßnahmen werden gegen die Kapital- und Steuerflüchtlinge durchgeführt.

Von Personen, die seit dem 31. März 1931 ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben, soll eine besondere Reichsfluchtsteuer erhoben werden, die ein Viertel des gesamten steuerpflichtigen Vermögens beträgt. Befreit von dieser Steuer sind Personen, deren Vermögen 200 000 Mk. und deren Einkommen 20 000 Mk. nicht übersteigen hat. Wird die Reichsfluchtsteuer nicht innerhalb zweier Monate gezahlt, so treten strenge Strafbestimmungen in Kraft, die auf Gefängnis und Geldstrafe, Vermögensbeschlagnahmung, öffentliche Bekanntgabe und Erlaß eines sogenannten Steuersteckbriefes lauten. Außerdem werden die geltenden Vorschriften gegen die Kapital- und Steuerflucht in mehreren Punkten verschärft.

Wichtig für die finanzielle Sanierung der Gemeinden ist die Vorschrift, daß alle die Gemeinden noch für das laufende Rechnungsjahr ihre Realsteuern erhöhen können, die unter den Landesdurchschnittssätzen liegen.

Der achte Teil der Notverordnung umfaßt schließlich Maßnahmen, die dem sogenannten

„Schutz des inneren Friedens"

dienen sollen. Das sind Maßnahmen gegen Waffenmißbrauch, ein allgemeines Uniformverbot, Bestimmungen über die Verstärkung des Ehrenschutzes und die „Sicherung des Weihnachtsfriedens". Nach dem Uniformverbot ist das Tragen von Parteiabzeichen und Parteikleidung außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Die Verstärkung des Ehrenschutzes bringt Strafverschärfung bei übler Nachrede und Verleumdung. Der Weihnachtsfriede soll sich auf die Zeit bis zum 3. Januar 1932 erstrecken, und in dieser Zeit sind alle öffentlichen politischen Versammlungen und die Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten. In der gleichen Zeit ist die Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften politischen Inhalts untersagt.

*

Verbot aller politischen Abzeichen und Uniformen

Ein wesentlicher Teil der Notverordnung

Die neue Notverordnung der Reichsregierung enthält u. a. folgende Bestimmungen über das Verbot von Uniformen:

Das Tragen von Abzeichen oder von einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, ist außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Das Verbot gilt für jedermann. Die Reichsregierung bestimmt, welche Vereinigungen als politisch im Sinne der Vorschrift anzusehen sind.

Wer dem Verbot zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat, wenn mildernde Umstände vorliegen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist.

Durch diese Bestimmung wird § 8 der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 außer Kraft gesetzt. Dieser gab die Möglichkeit, solche Uniform- und Abzeichenverbote zu erlassen. Jetzt ist die Kannvorschrift in eine Mußvorschrift umgewandelt.

Der „Vorwärts" bezeichnet die gestern abend im Rundfunk gehaltene Kanzlerrede als eine Kampfansage an Hitler. Die politische Bestimmung der Notverordnung nennt das Blatt „ein Stück Belagerungszustand". Das Verbot des Tragens von Uniformen und politischen Abzeichen schere alles über einen Kamm. Daß es bis auf weiteres den Verteidigern der Republik in gleicher Weise wie ihren Feinden verboten sein solle, ihre Gesinnung in Kleid und Abzeichen erkennen zu lassen, müsse Erbitterung hervorrufen. Bei Erörterung der lohn- und preispolitischen Bestimmungen gibt der „Vorwärts" der Meinung Ausdruck, daß die Lohnsenkung stärker als die Preissenkung sei. Die Notverordnung stelle darum eine außerordentlich schwere Belastung für die Arbeiterschaft dar.

Sargfabrik und Sanatorium

Der Arzt Dr. Marbais, Leiter einer Privatklinik in der Nähe von Paris, hat einen Prozeß gegen ein Leichenbestattungsinstitut gewonnen. Die beklagte Partei wurde zu einem Schadenersatz in Höhe von 21 000 Mk. verurteilt. Es war dies der Jahresgewinn, den die Privatklinik ihrem Leiter einbrachte, bevor das Beerdigungsinstitut unter den Fenstern der Klinik eine Sargfabrik begründete. Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends mußten die Patienten den kreischenden Lärm unermüdlich arbeitender Kreissägen anhören, und wenn sie aus den Fenstern sahen, bot sich ihren Blicken das Ergebnis dieser lärmenden Geschäftigkeit in Gestalt eines Stapels übereinandergeschichteter Särge. Alle Proteste des Arztes blieben erfolglos. Er mußte zusehen, wie ein Patient nach dem anderen seine Klinik verließ, um in angenehmerer Umgebung Heilung zu suchen. So kam es, daß die Jahreseinnahme des Arztes bis auf den Betrag von 3300 Mk. zusammenschrumpfte. Da er mit einem weiteren Rückgang seiner Einnahmen rechnen mußte, verklagte er den Sargfabrikanten wegen Verstoßes gegen das Gesetz, das jeden gesundheitsschädlichen Lärm verbietet. Der Gerichtshof gab ihm recht und entschied, daß der Leichenbestatter entweder seine Särge ohne Verursachung gesundheitsschädlichen Lärms herstellen oder seine Werkstatt verlegen müsse.

Der Sozialismus beginnt in der Familie!

Deshalb Parteigenossen, müssen auch Eure Kinder sozialistisch erzogen und geschult werden. Schickt sie zur SAJ. Dort werden sie Sozialisten.

Rundfunk-Programme

Leipzig

Donnerstag: 6.30: Funkgymnastik. Anschließend bis 8.15: Frühkonzert. 12: Wetter, Wasserstand und Schneebericht. 12.10 bis 14: Mittagskonzert. 13: Wetter, Presse- und Börsenbericht. 14: Erwerbslosenfunk. 14.30 bis 15: Filme der Woche. 16: Nachmittagskonzert. 17.30: Wetter- und Zeitangabe. Anschließend bis 17.40: Arbeitsmarktbericht. 18: Hygienefunk: Vermeidbare Kinderkrankheiten. 18.30: Spanisch. 18.50: Wir geben Auskunft ... 19: Kritik, wie wir sie wollen. Ein Vierergespräch zwischen Autor, Verleger, Kritiker und Leser. Dr. Ehrh Roehr, Dr. Edmund Starkloff, Dr. Valerian Tornius und Dr. Arno Schirokauer. 19.40: Wirtschaftsfunk. 21: Tagesfragen der Wirtschaft. 21.10: „Bei Todesstrafe". Ein historisches Hörspiel von Rudolf Glaser. Ursendung. 22: Nachrichten.

Königswusterhausen

Donnerstag: 6.30: Funkgymnastik. Anschließend bis 7.30: Frühkonzert. 10.10: Schulfunk. 10.55: Nachrichten. 12: Wetterdienst. Anschließend: Schallplatten: Zweites Wagner-Konzert. 12.55: Zeitzeichen. 13.30: Nachrichten. 14: Schallplatten. 14.45: Kinderstunde. 15.10: Jugendstunde. 15.30: Wetterdienst, Börse. 15.45: Krankenlektüre: Buch und Erholung (II). 16: Pädagogischer Funk. Die Zeitung im Unterricht. Dr. August Seiffert. 16.30: Berlin: Nachmittagskonzert. 17.30: Das Irrationale im Weltbild der Gegenwart (III). Dr. Kurt Kram. 18: Hochschulfunk. Die Wunder Aegyptens (IV). Dr. C. M. Kaufmann. 18.30: Spanisch für Fortgeschrittene. 18.55: Wetterdienst. 19: Stunde des Landwirts. 19.30: Aktuelle Stunde. 20: Berlin: Konzert. 20.45: Die Devisenbewirtschaftung im Ausland. Reg.-Rat Hartenstein. 21.10: Ausschnitt aus dem Konzert der Gesellschaft der Musikfreunde zu Berlin. 22.20: Wetter, Nachrichten, Sport. 22.40 bis 24: Köln: Nachtmusik.

Schwingschiff-Nähmaschinen RM. 126,—, Rundschiff-Nähmaschinen RM. 162,—, auf Wunsch Teilzahlung .·. Karl Möller, Schmeerstraße 1 (am Markt)

Die Gezeitenreibung

Die feine Stimmung am Meeresstrande, wenn aus unermeßlicher Ferne die Wellen ziehen in einem rätselhaften Drange und immer hoher hinauf schlagen, ein Stück der Küste nach dem anderen verschlingend, bis nach sechs Stunden ihre Kraft erlahmt, aber nach einem neuerlichen Viertelstege wieder wächst in einem scheinbar sinnlosen Hin- und Herpendeln der Kräfte, das man so lange für regellos hielt, bis man erkannte, daß es ein geheimer Zusammenhang mit dem Monde sei, der die Gezeiten regiert — dieses heimliche Grauen, daß jeder feinfühlige Mensch am Meeresstrand empfindet, wenn die Wasser des Ozeans sachte drängend, doch unwiderstehlich heranströmen, ist eine unbestimmte Ahnung dessen, daß im Meere das Werden der Erde tätig ist.

Eine mit Zahlen nicht auszudrückende Wucht und Kraft wirkt in Flut und Ebbe. Wir haben längst keinen Zweifel mehr daran, daß es die Anziehungskraft des Mondes ist, die alle sechs Stunden und zwölf Minuten infolge seines Umlaufes eine Aenderung in der Wasserströmung nach sich zieht, weil das leichtbewegliche Wasser dem Monde so folgt, wie die Eisenfeilspäne dem Magneten. Wir haben eben deshalb keinen Zweifel mehr daran, weil der Zusammenhang zwischen Vollmond und Springflut, zwischen den einzelnen Mondphasen und dem Verlaufe von Flut und Ebbe zu deutlich ist. Aber die Menschen haben gar keine Ahnung, welche Naturgewalt durch dieses einfache physikalische Gesetz in Bewegung gesetzt wird. An der Küste von Binnenmeeren, etwa in der Ostsee oder in der Adria, sind Flut und Ebbe kaum bemerkbar. Bei Memel beträgt der Unterschied nur viereinhalb Millimeter, sogar bei Kiel nur sieben Zentimeter. Aber schon der Hafen von Hamburg gibt als Mittelwert der Fluthöhe einen Meter achtundzwanzig Zentimeter an; in Cuxhaven schwillt das Wasser um zwei Meter achtzig, und in Bremerhaven oder Helgoland um drei Meter dreißig, bei Springfluten sogar um das Doppelte. Die Kraft dieser Welle, die jeden Tag viermal hin und zurück durch alle Weltmeere rauscht, ist so groß, daß alle Pferdestärken der menschlichen Industrie sich dagegen ausnehmen, wie die Kraft einer Kinderspielzeuglokomotive neben einem modernen sechszehnachsigen Dampfroß. Des großen Darwin begabter Sohn, Sir George Howard Darwin, hat es zuerst unwiderleglich nachgewiesen, daß durch diese Welle der Gang der Erde beeinflußt wird. Es existiert eine Gezeitenreibung, welche die regelmäßige Umdrehung der Erde stört, sie verlangsamt, weil sie ihr entgegenwirkt. Dadurch verringert sie den Durchmesser des Kreises, den die Erde um die Sonne beschreibt: sie verwandelt ihn in eine Spirale und wird in berechenbarer Zeit die Erde unbedingt einmal in die Sonne stürzen lassen.

Das Meer ist es also, das der Erde das Ende aller Tage bereiten wird. Es ist nicht nur der „Weltenbauer", sondern auch der Weltenzerstörer, der das schreckliche kalte Wort sprechen wird:

„Denn alles, was besteht,
Ist wert, daß es zugrunde geht."

Dr. R. H. Francé.

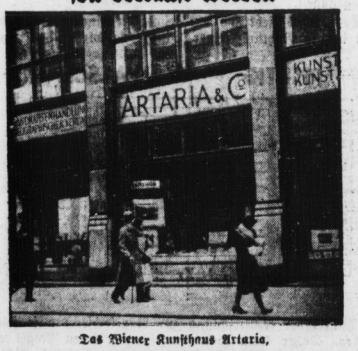
Für 6 Millionen Fresken ...

Der türkische Präsident Mustafa Kemal Pascha ordnete die Restaurierung der seit dem Jahre 1453 mit einer dicken Kalkschicht überdeckten Wandmalereien in der Sophien-Kathedrale von Konstantinopel an; die Kosten für diese Arbeiten belaufen sich auf etwa 6 Millionen Mark. Die „Hagia Sophia" wurde unter Kaiser Justinian errichtet. Er ließ die Wände mit Fresken schmücken, die Christus, die Mutter Gottes, biblische Propheten und Märtyrer der ersten Christenzeit darstellen. Die Bedeckung der Fresken erfolgte nach der Eroberung Konstantinopels durch die Türken und der Umwandlung der Kathedrale in eine mohammedanische Moschee. In Zukunft sollen nun während der mohammedanischen Gottesdienste die Fresken durch seidene Vorhänge unsichtbar gemacht werden, damit sich keiner der gläubigen Islamiten durch den Anblick christlicher Heiligenbilder verletzt fühlt.

Nicht wo einer regiert ist Despotie, sondern wo einer herrscht, das heißt, nach eigener Willkür schaltet und die übrigen unbedingt als Instrumente zu seinem Zwecke braucht.

Seume.

Beethovens und Mozarts Musikverlag soll verkauft werden



Das Wiener Kunsthaus Artaria,

das zwei Jahrhunderte hindurch von größter Bedeutung für das gesamte europäische Kunstleben war und u. a. die Kompositionen Beethovens, Mozarts und Haydns herausbrachte soll jetzt verkauft werden, da der augenblickliche Inhaber sich wegen seines hohen Alters zurückzuziehen beabsichtigt. Es steht zu befürchten, daß dieser kunsthistorisch bedeutungsvolle Verlag ganz aufgelöst wird, wenn sich kein Käufer findet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311209-19/fragment/page=0006

Merseburg

Unerhörtes Vorgehen reaktionärer Zeitung

Eine skandalöse Indiskretion, die geeignet ist, die Sicherheit des Staates schwer zu beeinträchtigen, hat sich das rechtsstehende „Merseburger Tageblatt", bekanntlich ein Ableger der „Saale-Zeitung" in Halle, geleistet. In einem Artikel, in dem gegen das Reichsbanner gehetzt wird, veröffentlicht das Blatt eine geheime Verfügung des Regierungspräsidenten in Merseburg, in der an die Behörden Anweisungen gegeben werden, wie die radikale Bewegung von rechts wie von links zu überwachen ist. Die Schriftleitung mußte daraufhin eine Erklärung veröffentlichen, in der sie ihr Verhalten in aller Form bedauert. Zu untersuchen bleibt, woher das reaktionäre Blatt die Regierungsverfügung erhalten hat. Es kann sich hier nur um einen unerhörten Vertrauensbruch irgendeines Beamten handeln. Auch dieser Fall zeigt, wie notwendig die Forderung ist: Jetzt ist es genug, Republik greif zu!

Ein bunter Abend voller Freude

Die Kulturgemeinschaft, die sich um das Kultur- und Gewerkschaftskartell Merseburg geschlossen hat, wird größer und größer. Das bewies wieder der Bunte Abend am letzten Sonntag. Kaum konnte der große Turn- und Festsaal alle Besucher fassen. Nun, das Programm war es auch wert; es gab fast zu viel des Guten. Schon das Konzert des Mandolinen-Orchester-Vereins unter der vorzüglichen Leitung seines Dirigenten Kippenberg wirkte für sich. Als Vertreter des Volkschores trat ein Männer-Doppelquartett auf. Leider nicht ganz so glücklich wie sonst. Eine Freude war es wieder, die eleganten Bewegungen der Keulenschwingerinnen aus dem Turnverein „Jahn" Merseburg zu bewundern. Ein dreifaches Bravo aber der neuen Frauengruppe des Turnvereins „Jahn", die hier zum ersten Male in der Oeffentlichkeit auftrat. Das will für Merseburg viel heißen und ist ein Beweis dafür, wie der Gedanke der Leibesübungen auch innerhalb der Arbeiterschaft fortschreitet. Volkstänze wurden von den Naturfreunden und den Arbeitersportlern Leunas ausgeführt. Solche lustigen und flotten Tänze, wie auch die anderen Darbietungen, sollten aber nicht mit so ernster Miene vorgeführt werden. Den Naturfreunden wäre auch mehr Mimik bei den Tänzen zu wünschen, sowie mehr bunte Kleidung bei den Mädchen. Doch ansonsten haben die Volkstänze viel Freude gemacht, zumal man bemerkt, daß sie anscheinend nicht nur für die Bühne geübt wurden.

Eine ernste politische Note brachte die SAJ. Merseburg in die Veranstaltung, und zwar zwei Bruchstücke einer politischen Revue, die sogar hier ihre Uraufführung erlebte. Von einigen Darstellern sehr gut zur Gestaltung gebracht, wird aber manches noch des Abschleifens und der Uebung wert sein. Dennoch wirkte die Aufführung an sich, besonders an manchen Stellen, mitreißend. Sinn des ganzen: Mitzuarbeiten an dem Ziel des Sozialismus, in der geschlossenen Front der Sozialdemokratie.

Die Veranstaltung war so bunt, daß sie sogar für einige Zeit in Dunkel gehüllt war, weil der Strom streikte. Aber das tat der guten Stimmung keinen Abbruch. Mit dem Dank an alle Mitwirkenden, die sich völlig uneigennützig zur Verfügung gestellt hatten, konnte der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells den Abend beschließen.

Ein Kinderkonzert

Zugunsten der Winter-Nothilfe veranstaltete am Sonntag der bekannte Musikpädagoge Hugo Rohe mit seinen Schülern im „Schloßgartensalon" einen Kinder-Sinfonie-Abend. Die Mitwirkenden an diesem Orchester waren mit einer Ausnahme nur Kinder und Jugendliche. Schon aus diesem Grunde war es etwas Eigenartiges, was hier geboten wurde. Die Originalität wurde dadurch noch gesteigert, daß reine Kinderinstrumente sich beteiligten, wie Kindertrompete, Kindertrommel, Klapper, Schnarre, Schellenbaum usw., aber auch Kuckuck, Wachtel und Nachtigall wurden nachgeahmt. Den Kern des Orchesters bildeten natürlich die Violinen, deren sich besonders die Jugendlichen bedienten: ein ziemlich starkes Orchester also. Es muß außerordentlich viel Mühe gemacht haben, die Musikwerke einzuüben. Um so mehr war es eine Freude, zu sehen und zu hören, mit welchem Eifer die jungen Künstler sich ihrer Sache hingaben. Das Publikum, leider fast nur Eltern der Kinder und allerdings auch eine Menge andere Kinder, kargte nicht mit Beifall. Man ging mit dem leisen Gefühl des Bedauerns nach Hause, daß es leider nur Kinder der wirtschaftlich bessergestellten Kreise sind, denen eine solche musikalische Ausbildung geboten werden kann.

Heute, Mittwoch:

Diskussionsabend des Gewerkschaftskartells Merseburg:

Ist Sowjetdeutschland möglich?

Donnerstag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung der SPD. Merseburg im „Tivoli". Referent: Reg.-Präs. v. Harnack.

Verkehrsunfall. Gestern vormittag gegen 11.55 Uhr erfolgte Ecke Markt und Geisel ein Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Lieferwagen, wobei das Fahrrad stark beschädigt wurde. Personen kamen jedoch nicht zu Schaden. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Wo keine Radikalen sinnlos walten...

Streifzug durch die sozialen Einrichtungen der Gemeinde Leuna

(Von unserem lt.-Mitarbeiter.)

Wohlfahrt ist heute soziale Pflicht der Gesellschaft, ist nicht mehr der Abfallkorb der Reichen. Daß sie in weit ausreichenderer Weise geschieht, ist die Aufgabe der Zukunft. Die kann nur

durch das Volk für das Volk

gelöst werden. Es ist vor allem ein Verdienst der Sozialdemokratie, das soziale Gewissen der Gesellschaft geschärft zu haben. Die Wohlfahrtspflege ist, so sehr sie sich bisher darauf beschränken mußte, nur die schlimmsten Schäden des Kapitalismus an der leidenden Menschheit zu heilen, bzw. zu lindern, als ein Stück wertvollsten Sozialismus zu verteidigen und auszubauen. Wer fragte vor 1918 danach, wenn die Menschen durch die Arbeitslosigkeit, von allem entblößt, dem Elend entgegensiechten? Keine Gemeinde, nicht Reich noch Staat waren verpflichtet, dem verzweifelt Ringenden beizuspringen.

Ueberall dort, wo die Sozialdemokratie politisch stark ausschlaggebend ist, ist auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens außerordentlich viel getan worden. Unwillkürlich denkt man dabei an die rote Musterstadt Wien. Auch in Deutschland haben wir eine Reihe von Gemeinden, die dem Aehnliches zur Seite stellen können. Selbst in unserer engeren Heimat haben wir eine solche Gemeinde — Leuna. Es wird darum interessant sein, für unserer Leser einen kleinen Streifzug durch die sozialen Einrichtungen der Gemeinde Leuna zu unternehmen.

Am Ausgange der Ebertstraße in Leuna — in dem ehemaligen Rössen — liegt das Jugendheim, einstmals die katholische Kirche des Ortes. Ueber den Eingang die aufgehende Sonne gemalt, wird so schon symbolisch zum Ausdruck gebracht, welcher Geist hier walten soll. Beim Eintritt empfängt uns ein großer, hellfreundlicher Saal überaus sauber gepflegt. Mollig warm ist es und man fühlt sich wirklich sofort heimisch. An zwei langen Reihen neuer Tische sitzen Erwerbslose, teils diskutierend, teils Bücher und Zeitungen lesend, einige spielen auch Schach. Tags über ist das Heim

den Erwerbslosen als Wärmehalle zur Verfügung gestellt.

200 Bücher, Zeitungen und Brettspiele sind von der Gemeinde zur Unterhaltung bereit gestellt. Abends, wenn das Heim von den Erwerbslosen geräumt ist, herrscht wieder anderes Leben hier. Ein großer Teil Arbeiterorganisationen, so die Partei, die Naturfreunde, der Arbeiter-Radio-Bund, der Arbeiter-Schachklub, die Arbeiterwohlfahrt usw., hat hier seine Veranstaltungen. So ist das Heim vollauf in Benutzung und trotzdem herrscht blitzende Sauberkeit, die von den Erwerbslosen in freiwilliger Arbeit erhalten wird.

Neben dem ehemaligen Chor finden wir rechts und links einen kleinen Raum. In dem einen ist eine Kochküche, wo sich die Organisationen warme Getränke und dergleichen herstellen können, in dem anderen finden wir drei lustige Schneiderlein inmitten einer regelrecht eingerichteten Schneiderwerkstatt in emsiger Arbeit. Sie haben über Arbeit absolut nicht zu klagen. Ganze Berge der durch die Winterhilfe gespendeten Kleidungsstücke harren ihrer „künstlerischen" Bearbeitung. Sämtliche in der Gemeinde gesammelten Kleidungsstücke werden hier erst einer fachgemäßen Umarbeitung unterzogen, werden gewendet, ausgebessert usw, so daß sie fast wie neu ihrem zukünftigen Besitzer zugestellt werden können. Eine Arbeit, der sich die ebenfalls erwerbslosen Schneider in solidarischer, freiwilliger Hilfe unterziehen. Werkzeug und Nähmaschine ist ihnen dazu von der Gemeinde gestellt worden.

Wir verlassen die drei Schneiderlein, die trotz der bösen Zeit lustig und guter Dinge sind, und wenden uns wieder dem Ausgange zu. Nach dem Waldbad einen Blick hinüberwerfend, bemerken wir, wie auch hier eifrig gearbeitet wird. Erwerbslose sind hier dabei, auf den Sandflächen die Eisbahn herzurichten. Man ist davon abgekommen, im Schwimmbecken selbst die Eisbahn herzurichten, da es technisch zu viel Schwierigkeiten bereitet und sich auch zu teuer stellt.

In einem Schaufenster eines Geschäfts sind die Pläne zur Erwerbslosensiedlung nebst den Ansichten der herzustellenden Häuser ausgestellt. Wir haben über dieses soziale Hilfswerk erst vor kurzem ausführlich berichtet, so daß wir es uns jetzt ersparen können.

Die Ebertstraße hinunterwandernd, begeben wir uns zur ehemaligen Volksschule. Ein Gebäude, das fast wie eine Villa anmutet. (Am Weg zur Ludwig-Jahn-Schule.) In der untersten Etage finden wir das Volksbad mit Brause- und Wannenbädern.

Für 10 Pf. kann sich hier jeder Einwohner ein Bad leisten.

Erwerbslose haben freie Benutzung. Wöchentlich wird das Bad von zirka 300 bis 400 Personen aufgesucht. Wir betreten den oberen Teil des Gebäudes. Wieder umfangen uns lichte und freundliche Räume. Das Gebäude wird jetzt zum Frühjahr für einen gemeindlichen Kindergarten hergerichtet. Man kann sich zu dem Zwecke kein schöneres Gebäude denken. Der herrliche Blick ins Grüne, nach der Saale und in die Aue. Garten und Sandplatz zum Spielen, alles ist da.

Wieder tönt uns das Surren von Nähmaschinen in die Ohren, begleitet von fröhlichem Mädchenlachen. In einem großen Raum finden wir sie, an die 12 junge Mädchen („Damen" würde hier scheußlich klingen), eifrig dabei, Wäschestücke herzustellen. Ein niedriger großer Schrank nimmt die feingeplättete, zarte Frauenwäsche, Kindersachen usw. auf. Auch diese freiwillige, uneigennützige Arbeit erwerbsloser Mädchen geschieht für die Winterhilfe. In zwei Schichten arbeiten hier zirka 30 Mädchen. Der Wäschestoff wird ihnen von der Gemeinde gegeben. Auch die Arbeiterwohlfahrt hat jetzt in der Zeit weihnachtlicher Arbeitsfülle für ihre Zwecke hier Wäsche herstellen lassen. Die acht neuen, wertvollen Nähmaschinen gehören ebenfalls der Gemeinde. Die Arbeiterwohlfahrt arbeitet zur Zeit ebenfalls in diesem Raum. Wieviel Liebe und Freude steckt in all diesen Sachen, die hier den Raum verlassen, um dann weiter Freude zu spenden?

In diesem Streifzug soll nicht

die Wohnungsfürsorge der Gemeinde

vergessen werden. Wir besuchten die Kleinwohnungen der Mitteldeutschen Heimstätte, die mit Hilfe der Gemeinde geschaffen wurden und kürzlich deshalb den Grund zu einer wirtschaftsparteilichen Anfrage im Preußischen Landtag bildeten. Absichtlich ließen wir uns die kleinste Wohnung zeigen, 37 Quadratmeter groß. Dazu gehören Wohnküche, Kochnische, Schlafzimmer, Klosett mit Badeeinrichtung und sonstigem Zubehör. Mietpreis 22 Mk. In diesem Falle handelte es sich bei dem Mieter um einen Erwerbslosen, der noch von der Gemeinde einen Mietzuschuß von 10 Mk. bekommt. Gewiß ist die Wohnung naturgemäß klein, aber doch nicht so, daß ein kinderloses Ehepaar — in diesem Falle war zwar noch ein Säugling vorhanden — nicht menschenwürdig und anständig in ihr leben könnte. Für die Zeit der Wohnungsnot sind diese Wohnungen unbedingt als ein sozialer Fortschritt zu begrüßen.

Auch sonst wird in der Wohnungsfürsorge auch in diesem Notjahr nichts unterlassen. Ohne die Hilfe der Gemeinden wird auch für die nächste Zeit an einen Wohnungsbau für die Arbeiterschaft nicht zu denken sein. In der Handwerker-Siedlung ist man augenblicklich mit einem Gebäude im Rohbau fertig, das mit Hilfe der Gemeinde aufgerichtet worden ist. Dieser Wohnungsbau dürfte in bezug auf Raumeinteilung wohl das Zweckmäßigste sein, was auf diesem Gebiete bisher geleistet worden ist. Auffallend an dem langgestreckten Bau ist das Fehlen der sonstigen vorderen Treppenaufgänge. Durch sogenannte Laubengänge mit Laufgang sind je 6 Wohnungen verbunden. Die Wohnungen sind zirka 50 Quadratmeter groß und umfassen zwei Stuben mit Küche, Bad und sonstigem Zubehör.

Die Wohnungsmiete wird 28 Mk. monatlich betragen.

Doch weiter. Zur Beschäftigung der jugendlichen Erwerbslosen und Förderung der handwerklichen Ausbildung wird eine vollständige, mit allen notwendigen Maschinen und Werkzeugen ausgerüstete Werkstätte zur Verfügung gestellt. Es sind Abteilungen für Schlosser, Dreher und Tischler eingerichtet. Der Besuch dieser Ausbildung ist frei. Sie erstreckt sich auf Jugendliche von 17 bis 23 Jahren. In dieser gleichen Werkstätte können auch die Erwerbslosen-Siedler ihre Arbeiten verrichten. Wir haben darüber bereits schon berichtet. Auch sonst sind alle Erwerbslosen berechtigt, Bastelarbeiter für sich in dieser Werkstätte anzufertigen. Die Ausdehnung der Werkstätte ist bestimmt für mindestens 150 Erwerbslose.

Eine sehr wichtige soziale Einrichtung sind die Speisestätten für Erwerbslose. Sie werden zur Zeit von rund 150 Personen in Anspruch genommen. Keine „Volksküchen" in des Wortes schlechter Bedeutung, sondern saubere Speisestätten, wie sie sich für jeden zivilisierten Menschen gehören, und was die Hauptsache ist, ein gutes Essen.

Unser Streifzug soll damit beendet sein. Doch nicht zu vergessen ist, wie Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung stets bestrebt sind, die Erwerbslosen in lohnende Arbeit zu bringen. Eine Unmenge Notstandsarbeiten ist in den letzten Jahren durchgeführt worden, als deren größte und sozialste für weiteste Volkskreise — nicht nur Leunas — das Waldbad zu gelten hat. Nicht vergessen soll auch werden, wie versucht wird, den Erwerbslosen und ihren Familien in jeder Beziehung ihr hartes Los durch Unterstützung, sei es in bar, in Mietzuschuß oder Kleidung, Heizung und Nahrung zu erleichtern. Nun wird gesagt werden, die Gemeinde Leuna hat einen guten Steuerzahler. Das ist bedingt richtig. Immense Summen müssen aber für den Kreis und den Lastenausgleich mit Merseburg und Bad Dürrenberg abgeführt werden. Unbedingt wichtig ist aber, daß

das Steuereinkommen der Gemeinden in allererster Linie für soziale Maßnahmen verwandt wird,

was leider nicht überall der Fall ist; und wenn, dann doch nur durch die ungeheure Not heute dazu gezwungen, während das — man kann es wohl sagen — in Leuna stets Prinzip war. So wirkt sich die politische Zusammensetzung einer Gemeinde aus — Extremisten spielen in Leuna nur eine sehr untergeordnete Rolle — und das sollte anderswo zu denken geben.

Kreis Querfurt

Abgelehnte Steuererhöhungen

Neumark. Die letzte Gemeindevertretersitzung befaßte sich mit der Erhöhung der Biersteuer. Der Gemeindevorsteher erklärte, wenn er auch seinerzeit für Einführung der Biersteuer gestimmt habe, müsse er heute eine Erhöhung derselben auf den doppelten Landessatz ablehnen, da dieser hohe Prozentsatz den Ruin des Gastwirtsgewerbes herbeiführen müsse. Gemeindevertreter Krautzig (Bürg.) gab die Erklärung ab, daß seine Fraktion seinerzeit schon die Einführung der einfachen Biersteuer abgelehnt habe und keine Veranlassung bestehe, dem heutigen Antrage zuzustimmen. Gemeindevertreter Keil (KPD.) sprach ebenfalls gegen den Antrag. Die Abstimmung ergab dann auch die

Ablehnung mit allen Stimmen.

Ebenfalls wurde die Einführung der Getränkesteuer einstimmig abgelehnt. Die Gemeindevertretung steht auch heute noch auf dem Standpunkt, daß der Ertrag aus der Steuer in keinem Verhältnis zu den Erhebungskosten steht und die Steuer eine weitere unverantwortliche Belastung der Steuerzahler ist.

Dem Antrag des Herrn Bornschein, der Rhenania-Asso-Gesellschaft zu gestatten, eine neue Tankstelle zu errichten, wurde zugestimmt, wenn die Gesellschaft die Kosten für die Verbreiterung der Straße trägt.

Außerhalb der Tagesordnung wurde über einen bereits früher gestellten Antrag der KPD. auf Gewährung einer einmaligen Winterbeihilfe an alle Erwerbslosen und Sozialrentner gesprochen. Der Gemeindevorsteher hob hervor, daß der Antrag wegen Mangels an Mitteln nicht verwirklicht werden könnte. Es bestünde nur eine Möglichkeit, evtl. einen Betrag für die geforderte Beihilfe aus Steuerrückständen zur Verfügung zu stellen, wenn er von den Gemeindevertretern ermächtigt würde, diese Rückstände im Wege jeglicher Zwangsmaßnahmen beizutreiben. Da diese Ermächtigung durch die Gemeindevertretung nicht gegeben wurde, erübrigte sich eine weitere Verfolgung des Antrages. Der Gemeindevorsteher wies hierbei auf eine öffentliche Bekanntmachung hin, daß

Anträge auf besondere Zuweisungen sofort beim Gemeindeamt zu stellen

sind, die dann an den Kreisausschuß zwecks Entscheidung weitergeleitet werden.

Querfurt. Kampagneschluß. Sonntag morgen hat die hiesige Zuckerfabrik ihre diesjährige Rübenkampagne beendet. Für ca. 300 Menschen, die für 8 Wochen hier ihre Arbeit und ihr Brot hatten, beginnt erneut die Leidenszeit, der Weg zum Stempelamt. Viele werden ihre Wochenzahl noch nicht wieder voll haben, sie werden der Wohlfahrt wieder zur Last liegen. In diesem Jahre wird auch ein großer Teil der ständigen Arbeiter mit zur Entlassung kommen, denn auch die hiesige Zuckerfabrik ist infolge der mißlichen Wirtschaftslage in Mitleidenschaft gezogen worden.

Saalkreis

Zscherben. Zunehmende Erwerbslosigkeit. In den letzten Tagen sind, wie in den letzten Wintern, die Landarbeiter des hiesigen Rittergutes entlassen worden. Sie vergrößern das Heer der Erwerbslosen. Zscherben hat jetzt bei 1300 Einwohnern 200 Erwerbslose, davon ist über die Hälfte bereits ausgesteuert. — Zu unserem Bericht über die Versteigerung des hiesigen Wohn- und Geschäftshauses des AKB. ist mitzuteilen, daß vor einigen Tagen der Bäcker und Konditor Walter Steinkopf, ein Sohn des hiesigen Gastwirts Steinkopf, dieses Gebäude erworben hat und in den nächsten Tagen ein Kolonialwarengeschäft darin eröffnet, dem wohl später eine Bäckerei und Konditorei folgen wird.

Mansfelder Kreise

Die Eingemeindung abgelehnt

Entscheidung des Bezirksausschusses.

Hettstedt, den 9. Dezember.

In einer außerordentlichen Sitzung hat der Bezirksausschuß in Merseburg eine für Hettstedt und Umgegend wichtige Entscheidung getroffen. Der Antrag der Stadtgemeinde Hettstedt auf Eingemeindung des Ortsteils Molmeck wurde abgewiesen. Mit diesem Beschluß ist auch die Entscheidung über das Schicksal Burgörners gefallen. Bekanntlich war vom preußischen Staatsministerium bestimmt worden, daß Burgörner mit Wirkung vom 1. Januar nach Hettstedt eingemeindet werden soll, falls der Bezirksausschuß in Merseburg die Eingemeindung Molmecks nach Hettstedt beschließen würde. Da nun dessen Beschluß gegen Hettstedt ausgefallen ist und Molmeck bei Großörner bleibt, behält auch die Gemeinde Burgörner ihre Selbständigkeit.

Kreis Schweinitz

Jessen. Raubüberfall. Auf dem Heimwege vom Vergnügen in Zwiesigko wurde unweit des dortigen Spritzenhauses eine Frau aus Jessen in der vierten Morgenstunde überfallen. Sie hatte in Zwiesigko einen größeren Geldbetrag einkassiert, und das scheinen zwei Männer bemerkt zu haben, die den ganzen Abend über im Dorfe beobachtet wurden, ohne daß sie jemand kannte. Bevor der Ehemann der Frau, der ihr fast unmittelbar folgte, herankommen konnte, hatten die Täter der Frau die Handtasche aus der Hand geschlagen und das Geld daraus geraubt. Sie entkamen unerkannt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311209-19/fragment/page=0007
DFG

Kreis Delitzsch

Klare Entscheidung der Arbeitersänger / Trotz Wirtschaftsnot Erhaltung des Bestandes

Delitzsch, den 7. Dezember.

Der Bezirkstag des Bezirks Delitzsch-Bitterfeld-Wittenberg im Deutschen Arbeiter-Sängerbund fand am Sonntag in Delitzsch statt. Nach Begrüßung durch den örtlichen Chor und den Vorsitzenden Schäfer wurde in die Tagesordnung eingetreten. Anwesend waren 34 Delegierte von 24 Vereinen, 4 Vereine hatten keine Vertreter entsandt. Dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß sich

die Mitgliederzahl stabil erhalten

hat, sie beträgt 1200. Ebenso ist es mit der Zahl der Vereine, obwohl hier eine Verschiebung eingetreten ist, indem Vereine eingingen, auf der anderen Seite sich aber solche neu gründeten. Auch in Bezug auf die Tätigkeit und die Chorgattungen der Vereine sind wesentliche Veränderungen nicht vor sich gegangen. Allerdings haben die Vereine unter dem wirtschaftlichen Druck außerordentlich zu leiden. Der Kassenbericht mußte naturgemäß ein ungünstigeres Bild aufweisen, wie im Vorjahr, denn vielen Vereinen war es nicht möglich, ihre Verpflichtungen gegenüber Bund, Gau und Bezirk zu erfüllen.

Zu den Berichten standen mehrere von den Vereinen gestellte Anträge auf Beitragsermäßigung zur Beratung. Nach reichhaltiger Aussprache wurde

eine Beitragsermäßigung von 15 Pf. pro Quartal und Mitglied beschlossen.

Einen interessanten Vortrag hielt der Bundesvorsitzende Klauder über „Deutscher Arbeiter-Sängerbund oder Kampfgemeinschaft?" Die Neugründung der kommunistischen Kampfgemeinschaft ist ein weiteres Glied in der Kette kommunistischer Zersplitterungsarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung. Der hochinteressante Vortrag wird den Mitgliedern im Druck zugestellt werden. Die Delegierten waren sich darüber einig, daß es nur ein Entweder — Oder geben kann.

Wer die Mitgliedschaft in der Kampfgemeinschaft erwirbt, schließt sich von selbst aus dem Arbeiter-Sängerbund aus.

Eine Entschließung der Gruppe Wittenberg, die mit der Tendenz der Bundesleitung nicht einverstanden ist, wurde der Gaugeneralversammlung überwiesen. Als Delegierte zur Gaugeneralversammlung wurden die Gruppenvorsitzenden und der Bezirkskassierer gewählt. Der Vorsitzende des Bezirks hat laut Statut Sitz und Stimme. Als Sitz der Bezirksleitung wurde Delitzsch wiedergewählt, ebenso der Vorstand in seiner Gesamtheit. Von der Abhaltung eines Bezirkssängerfestes wird Abstand genommen, da es gilt, vor allen Dingen zum 2. Bundessängerfest 1933 in Nürnberg zu rüsten.

H. K.

Eilenburg

Getränkesteuer auch hier

Ab 7. Dezember ist in Eilenburg die Getränkesteuer eingeführt worden. Diese Steuer ist angeordnet für die Dauer der Erhebung der doppelten Biersteuer. Verschont bleiben von der Steuer Bier, Milch und Fleischbrühe, während alle Spirituosen, Weine, Mineralwasser, Kakao, Kaffee, Tee usw. der Steuer unterliegen. Die Steuermarken werden bei der Bezahlung dem Gast ausgehändigt. Sie müssen sofort entwertet werden durch Zerreißen. Gast, Kellner oder Gastwirt machen sich strafbar, wenn sie die Steuer umgehen.

Kreis Torgau

Noch eine Muttertragödie

Die 45jährige Ehefrau des Korbmachers Z. aus Fichtenberg hatte sich wegen Mordes vor dem Torgauer Schwurgericht zu verantworten. Sie wurde beschuldigt, ihr am 17. August geborenes Kind getötet zu haben. Als Grund der Tat wurde Scham vor den erwachsenen Kindern angenommen! Die Angeklagte erhielt wegen Totschlages eine zweijährige Gefängnisstrafe. Die Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet.

Ein falscher Kriminalbeamter

Ein bereits 13mal vorbestrafter Mann hatte sich vor dem Torgauer Amtsgericht wegen Betruges und Amtsanmaßung zu verantworten. Er hatte sich einem Landwirt in Süptitz gegenüber als Kriminalbeamter ausgegeben, der beauftragt sei, den bei ihm ausgeführten Diebstahl aufzuklären. Während der langandauernden „Ermittlungen" ging ihm jedoch das Geld aus, so daß er sich von dem Landwirt 55 Mk. lieh. Der Landwirt, der nichts Böses ahnte, gab dem Schwindler das Geld, der dann ganz plötzlich verschwand. Das Gericht schickte ihn auf sechs Monate ins Gefängnis.

Kreis Liebenwerda

Schweres Unglück des Genossen Heyne

Bei einem Motorradunfall schwer verletzt.

Bockwitz. Als der Sekretär des DMV., Genosse Heyne (Bockwitz) Dienstag abend auf dem Motorrad von einer Konferenz zurückkehrte, ereignete sich in der Nähe von Bockwitz ein schweres Unglück. Auf bisher noch ungeklärte Weise, wahrscheinlich durch den schlüpfrigen Weg, stürzte das Rad und Heyne, der auf dem Soziussitz saß, trug bei dem Sturz schwere Verletzungen davon. Er wurde mit einem schweren Schädelbruch ins Krankenhaus eingeliefert, wo er besinnungslos darniederliegt. Sein Zustand ist ernst.

Eisenbahner totgefahren

Falkenberg. Am 8. Dezember 5.45 Uhr verunglückte der Weichenwärter Stabroth auf Bahnhof Falkenberg tödlich. Er war auf dem Wege zu seiner Arbeitsstelle und wurde von einem ausfahrenden Zuge umgerissen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Stabroth hinterläßt 4 unversorgte Kinder.

Neue Nazi-Bürgerkriegsmärsche nach Sachsen

Großthiemig. In der Nacht zum Sonntag veranstalteten die Nazis von Großthiemig wiederum militärische Uebungen auf sächsischem Gebiet. Der Amtshauptmann von Großenhain ist von den nationalsozialistischen Bürgerkriegsvorbereitungen in Kenntnis gesetzt worden, bisher ist von einem Eingreifen aber nichts bekannt geworden. Sollte es wirklich so sein, wie kürzlich ein führender Nazi von Großthiemig sagte: „Uns passiert doch nichts!"

Neues Mitglied der Handelskammer

Am 4. Dezember fand in Bad Liebenwerda und in Torgau die Wahl des Vertreters des Einzelhandels für die Kreise Liebenwerda und Torgau statt. Von den beiden aufgestellten Kandidaten, Drogist Otto Zimmermann in Firma Otto Zimmermann (Torgau) und Kaufmann Otto Miehe in Firma Otto Miehe (Bad Liebenwerda) wurde der letztere als Handelskammermitglied gewählt.

Mückenberg. Verbotene Dorfzeitung. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die im Amtsbezirk Mückenberg erscheinende periodische Druckschrift „Ländchen-Echo, Ortszeitung der KPD. fürs Ländchen", auf 4 Monate verboten. Das Verbot ist erfolgt, weil durch Ausführungen in Nr. 7 die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wurde.

Bad Liebenwerda. Spar- und Darlehnskasse wird nicht aufgelöst. Die Generalversammlung der Spar- und Darlehnskasse Liebenwerda, die sich auch mit einem Antrag auf Auflösung der Kasse zu beschäftigen hatte, beschloß, die Kasse bestehen zu lassen. Die Mitglieder sollen gebeten werden, wieder mehr Spargelder einzuzahlen, damit das Kassengeschäft belebt wird. Änderungen im Vorstand wurden nicht vorgenommen.

Gröden. Auto fährt in den Straßengraben. Ein mit vier Grödener Einwohnern besetzter Kraftwagen geriet auf der Landstraße Elsterwerda—Gröden ins Schleudern und fuhr in den Straßengraben. Die Insassen wurden aus dem Wagen geschleudert. Zwei von ihnen blieben unverletzt, die beiden anderen trugen Verletzungen, u. a. eine leichte Gehirnerschütterung, davon.

Mühlberg. Großangebot. Wie nunmehr feststeht, haben sich um die freigewordene Bürgermeisterstelle 137 Bewerber gemeldet. Eine Kommission wird die eingegangenen Bewerbungen prüfen, da die Bewerbungsfrist mit dem 30. November abgelaufen ist.

Fachlehrer auch in Kleinstädten

In diesen Tagen nahmen etwa 30 für Berufsschulen vorgebildete Lehrkräfte (Gewerbelehrer und Diplom-Handelslehrer) in den Fachklassen mehrerer Kleinstädte im Unstruttal, am Südharz und im Elbegebiet unseres Regierungsbezirks ihre Lehrtätigkeit auf. Dieser bedeutsame Fortschritt in der inneren Ausgestaltung des Berufsschulwesens in den Kleinstädten in unserer Notzeit, die der notwendigen äußeren Entwicklung des Berufsausbildungswesens sich leider hemmend entgegenstellt, ist möglich, ohne daß die Haushaltspläne der Kleinstädte eine neue Belastung erfahren. Die bisherigen nebenamtlichen Volksschullehrer und Praktiker haben durch zumeist freiwilligen Verzicht den städtischen Körperschaften die Beschlüsse erleichtert.

Sport und Spiel

Der Deutsche Schwimmverband „zieht" Arbeitersportler

Mit Verachtung schaut der Deutsche Schwimmverband auf die Wassersportler des Arbeiter-Turn- und Sportbundes herab. Wenn es darum geht, leistungsfähige Mitglieder des Arbeiter-Wassersports zu gewinnen, dann merkt man nichts mehr von der Verachtung.

Vor kurzem wurde die Dresdener Arbeiterschwimmerin Hannicke, die Mitglied des Vereins für volkstümlichen Wassersport Dresden ist, von dem Trainer Meigen vom Schwimmverein „Poseidon" Dresden während des Familienbadens im Güntzbad angesprochen. Nachdem er ihre Personalien festgestellt und aus dem Gespräch entnommen hatte, daß sie bei dem Arbeiter-Olympia in Wien einen guten zweiten Platz im Kraulschwimmen belegen konnte, wurde sie wenige Tage später durch ein Glückwunschschreiben zu ihrem Geburtstag „ausgezeichnet". In diesem Schreiben wurde weiter betont, daß Deutschland — beileibe nicht etwa der Deutsche Schwimmverband — die Genossin brauche, um 1932 in Los Angeles bei der bürgerlichen Olympiade den deutschen Schwimmsport würdig zu vertreten. Dazu gehöre natürlich auch eine gute weitere Ausbildung, die „nur im Poseidon" Dresden möglich sei. Es darf angenommen werden, daß dieses Liebeswerben um die Arbeiterschwimmerin vergeblich ist, da bei ihr genügend Klassenbewußtsein und Klassenstolz vorausgesetzt wird, um den Vertreter des DSV. links liegen zu lassen.

Es handelt sich hier aber um keinen Einzelfall, denn Herr Meigen hat bereits vor einigen Jahren sein Handwerk mit Erfolg betrieben, indem er die Schwimmerin und spätere Meisterin des Deutschen Schwimmverbandes Lotte Lehmann aus dem Verein für volkstümlichen Wassersport in seinen Verein holte. Auch anderwärts scheint man in diesen Praktiken einige Erfahrungen zu besitzen. Der ehemalige Arbeiterschwimmer Schrader (Hildesheim), der repräsentative Wasserballspieler Gunst (Hannover) und der Rückenschwimmer Schulz (Nürnberg) sind Beispiele dafür.

Herr Meigen scheint aber auch vor den eigenen Verbandsvereinen nicht Halt zu machen, wenn es gilt, für seinen Verein gute Kräfte zu gewinnen. Wahrscheinlich gehören solche Eigenschaften zum „guten Sportgeist im Deutschen Schwimmverband".

Der Wintersport beginnt

Gymnastikübungen auf Skiern in Oberstdorf im Allgäu.

Schachturnier in Halle

Als Abschluß der diesjährigen Kampfspiele fand am 6. Dezember ein Treffen der dem hiesigen Bezirk angehörenden Ortsgruppen des ASB. statt. Die ausgetragenen Spiele brachten nachstehende Ergebnisse:

Merseburg — Ammendorf 3½ : 4½ Punkte.
Bitterfeld — Halle 2 : 4 Punkte.
Merseburg — Halle 3½ : 5½ Punkte.
Bitterfeld — Ammendorf 1½ : 4½ Punkte.
Ammendorf II — Halle II 2 : 0 Punkte.

Die Veranstaltung war gleichzeitig der ehrenden Erinnerung an den vor Jahresfrist im 72. Lebensjahre verschiedenen Genossen Franz Krause, der Mitbegründer der hallischen Arbeiter-Schachbewegung und langjähriger Bezirksleiter war, gewidmet. Sein selbstloses, unermüdliches Wirken für die Idee war jedem vorbildlich, bis er, ein sieggewohnter Kämpfer, selbst auf immer matt gesetzt wurde.

Merseburger Sport. Das Merseburger Reichsbanner weilte im letzten Sonntag mit zwei Mannschaften zum Handballspiel in Naumburg. Es spielten: **Merseburg I — Naumburg I 10:1, Merseburg II — Naumburg II 2:2.** — Handball: Jahn **Merseburg I — Kayna I 9:7 (2:4).** Kayna spielte mit 9 Mann, sonst hätten die Einheimischen wohl eine Niederlage erlitten.

Sportamtliche Bekanntmachungen

6. Bezirk. (Fußball.) Die Fragebogen, die alljährlich von den Vereinen bzw. Abteilungen ausgefüllt werden müssen, sind eingegangen. Einige Vereine haben dieselben schon in ihrem Besitze. Am kommenden Montag können die restlichen Vereine die Fragebogen in der Geschäftsstunde in Empfang nehmen. — Eine Fußballabteilung hat der Turn- und Sportverein Beuchlitz gemeldet. Die Anschrift lautet: Kurt Leipold, Beuchlitz (Kreis Merseburg), Hallische Straße 43. Vereinslokal ist das Restaurant Schubert in Beuchlitz. Zu erreichen durch Eisenbahn Halle—Kassel, Station Schlettau oder Omnibus Halle (Hallmarkt)—Lauchstädt, Haltestelle Beuchlitz. Spielkleidung ist: schwarze Hose und gelber Trikot. Der Platz befindet sich in unmittelbarer Nähe des Ortes. — Wie bekannt, findet der Bezirkstag am Sonntag, dem 17. Januar 1932, 10 Uhr, im Geschäftslokal „Jagdschloß", Moritzzwinger 4, statt. Eventuelle Anträge sind bis zum 4. Januar an die Bezirksleitung einzureichen. Die Vereine werden ersucht, ihren bezirklichen Verpflichtungen nachzukommen, damit sie keine Schwierigkeiten haben.
Die Bezirksleitung: Friedemann.

6. Bezirk. (Fußball.) Am Sonntag, dem 13. Dezember, finden folgende Spiele statt: 384 14 Uhr: Rössen I — Grünau I (Meißner, Merseburg). 385 12.30 Uhr: Rössen II — Grünau II (Kötzschen). 386 11 Uhr: Rössen Jgd. gegen Grünau Jgd. (Rössen). 387 10 Uhr: Rössen Schül. — Grünau Schül. (Rössen). 388 14 Uhr: Rot-Weiß I — Sandersdorf I (Brothe, Blau-Weiß). 389 12.30 Uhr: Rot-Weiß II — Sandersdorf II (Teutonia). 390 10.30 Uhr: Fichte AH. — Blau-Weiß AH. (Friedemann, Rot-Weiß). 391 13.30 Uhr: Kayna II — Merseburg II (Ammendorf). 392 12.30 Uhr: Kayna Schül. — Möckerling Schül. (Kayna). 393 10 Uhr: Kötzschen Schül. — Merseburg Schül. (Kötzschen). 394 14 Uhr: Beuchlitz I gegen Delitz I (Fichte). — Auswärts weilt: Naundorf I und II in Dürrenberg (Leipziger Bezirk). Die Vereine Teutonia und Möckerling sind ab 13. Dezember schwarzgestellt, wegen Nichtbezahlung ihrer Verpflichtungen. Ferner findet am 21. Dezember abends 8 Uhr im Restaurant „Jagdschloß" eine Spielerbörse statt. Abgeschlossen wird bis Ende Februar. **Der Bezirksspielausschuß: Brothe.**

Vereinsmitteilungen

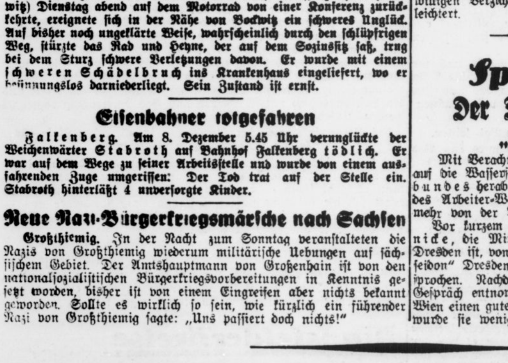
T.- u. Spv. Hohenthurm. Blau-Weiß II zur Kenntnis, daß das Spiel schon 10 Uhr vormittags stattfinden muß.

Familien-Nachrichten

Halle: gest. Julius Ebert; Gertrud Kleindorf; Berta Wittiack; Luise Bresche; Marie Baumann. Torgau: verm. Hans Schneider und Elisabeth geb. Meißner; gest. Hedwig Jordan. Eilenburg: gest. Moritz Köppchen. Stadtroda: gest. Karl Krahmer. Falkenberg: gest. Franz Stabroth. Beutersitz: gest. Frieda Eisenmann. Zinsdorf: gest. Hermann Hanisch.

Laß nicht andere allein arbeiten!

Forsche selber nach, wer in Deinem Bekanntenkreise noch nicht Leser des Parteiblattes ist. Jeder neue Leser kräftigt die Macht der SPD.



Das Rätsel um die Mordtaten im Aachener Grenzbezirk

Kriminalbeamte bei der Durchsuchung einer Schonung im Putbrocker Wald an der deutsch-holländischen Grenze.

Die furchtbaren Mordfälle an der deutsch-holländischen Grenze haben unter der Bevölkerung der Dörfer auf beiden Seiten der Grenze eine furchtbare Erregung hervorgerufen. Bisher wurden vier Leichen von jungen Bauernburschen aus der Gegend geborgen. Als schwer verdächtig dieser Menschenjagden wurde ein Waldhüter in Haft genommen.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und Allgemeines: **Ernst Loops**; für Lokales und Kommunalpolitik: **Gottlieb Kasparek**; für Provinz und Sport: **Felix Habicht**; sämtlich in Halle. — Verantwortlich für den Anzeigenteil: **Walter Künne**, Halle. Druck und Verlag: **Hallesche Druckerei-Gesellschaft mbH., Halle, Gr. Märkerstraße 6.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311209-19/fragment/page=0008

Revidierte Ostverordnung

Wenigstens können die größten Schäden vermieden werden

Der Proteststurm aller einsichtigen Kreise gegen die Osthilfe-Notverordnung vom 17. November hat die Reichsregierung veranlaßt, durch Ausführungsbestimmungen die zukünftigen und teilweise schon eingetretenen Wirkungen und Verwirrungen dieses völlig ungenügend durchdachten Gesetzes abzuschwächen.

Bevor die Ausführungsbestimmungen veröffentlicht wurden, ist sämtlichen Gläubigerkreisen Gelegenheit zur Meinungsäußerung gegeben worden, um ihre Interessen soweit wie irgendmöglich zu berücksichtigen. Bis zu einem gewissen Grade ist das auch geschehen, wenn auch an den Grundlagen der Notverordnung nichts geändert ist. In den Ausführungsbestimmungen ist man an verschiedenen Stellen den Gläubigerinteressen entgegengekommen, aber die Anpassung der überhöhten Kapitalbelastung an den wirklichen Substanzwert der ostdeutschen landwirtschaftlichen Betriebe soll nach wie vor auf Kosten der Gläubiger allein erfolgen. Die wichtigsten Ergänzungen zur Notverordnung, welche die Ausführungsbestimmungen enthalten, sind folgende:

Grundsätzlich wird festgesetzt, daß ein Entschuldungsverfahren nur in solchen Fällen anzuwenden ist, in denen die Durchführung des Verfahrens die Vorbereitung und Einbringung der nächsten Ernte ermöglicht. Hierbei ist Vorsorge zu treffen, daß ein gerechter Ausgleich zwischen den Interessen der landwirtschaftlichen Schuldner und ihrer Gläubiger gefunden wird. Durch diese Vorschrift wird der Kreis der in das Entschuldungsverfahren einzubeziehenden Betriebe bedeutend verkleinert, wenn bei der Entscheidung der staatlichen Stellen nicht, wie es im Osten üblich ist, dr Einfluß der Großgrundbesitzerkreise eine zu große Rolle spielt. Ein Entschuldungsverfahren wird ferner als den allgemeinen wirtschaftlichen Interessen zuwiderlaufend bezeichnet und nicht eingeleitet, wenn die damit verbundenen Eingrife in die Rechte der Gläubiger infolge bestehender genossenschaftlicher Haftungsverpflichtungen oder infolge der Auswirkung auf Banken und Sparkassen zum Zusammenbruch einer größeren Anzahl gesunder Betriebe oder Kreditinstitute führen würde. Durch diese Bestimmung sind die Wünsche der landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Banken erfüllt worden, die befürchteten, daß durch die Sanierung einzelner Betriebe ein größerer Kreis von gesunden Betrieben bedroht wird.

Zu Treuhändern für unter das Entschuldungsverfahren gestellte Betriebe dürfen keine Personen bestimmt werden, die an der Durchführung des Verfahrens ein unmittelbares Interesse haben. Diese Bestimmung ist aber nicht scharf genug denn wer will bei der Cliquenwirtschaft in Ostdeutschland einem als Treuhänder bestellten guten Nachbarn eines bankrotten Landwirts nachweisen, daß er ein unmittelbares Interesse an der Durchführung des Entschuldungsverfahrens habe. Besser wäre es, wenn man als Treuhänder nur absolut unabhängige Treuhandgesellschaften zugelassen hätte.

Wichtig ist ferner, daß Lieferungsverträge über landwirtschaftliche Waren nicht unter den Schutz des Sicherungsverfahrens fallen, sondern erfüllt werden müssen, gleichviel, ob sie vor Eröffnung oder nachher mit Zustimmung des Treuhänders abgeschlossen sind. Auch muß der Betriebsinhaber sein gesamtes Vermögen zur Befriedung der Gläubiger zur Verfügung stellen. Es dürfen also private Vermögenswerte, die nicht zur Weiterführung des Betriebes gebraucht werden, nicht den Zugriffen der Gläubiger entzogen werden.

Schließlich sind die Ausführungsbestimmungen über das Entschuldungsverfahren wichtig. Zunächst soll eine gütliche Einigung zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern angestrebt werden. Ist dies nicht möglich, so ist ein Entschuldungsplan aufzustellen. In erster Linie soll die Stundung eines Teiles der Gläubigerforderungen angestrebt, wenn das nicht genügt, sollen Zinsrückstände erlassen und die Zinssätze vermindert werden. Reicht das alles noch nicht aus, so können die Kapitalforderungen herabgesetzt werden. Hierbei ist zu prüfen, ob die voraussichtliche Entwicklung des Betriebes die Ausstellung von sogenannten Besserungsscheinen zugunsten der mit einem Teil ihrer Forderungen ausgefallenen Gläubiger gestattet. Bei der notwendigen Kürzung von Kapitalforderungen sollen zunächst Erbauseinandersetzungsforderungen sowie betriebsfremde Forderungen herangezogen werden. Unter betriebsfremden Forderungen versteht man solche, die durch Aufwendungen des Landwirts entstanden sind, welche über das gewöhnliche Maß hinausgehen, sowie Kapitalforderungen, die durch Anhäufung von Zinsen aufgelaufen sind.

Unsere grundsätzliche Gegnerschaft gegen derartige Gesetze, die einen Zweig der Wirtschaft unberechtigt vor anderen Wirtschaftszweigen bevorzugen, ist durch diese Ausführungsbestimmungen nicht behoben. Jedoch kann durch die Bestimmungen der gröbste Schaden vermieden werden, wenn die staatlichen Stellen, die über die Entschuldungsanträge zu entscheiden haben, sich nicht von dem Gedanken der Besitzerhaltung, sondern lediglich von dem der Produktionserhaltung führen lassen.

Der neue Preisabbaukommissar

Dr. Goerdeler,
Oberbürgermeister von Leipzig, ist von der Reichsregierung zum Reichskommissar für den Abbau der Preise ernannt worden.

Die Not der Geistesarbeiter

Künstler wollen tauschen

Bilder und Plastiken für Nahrung und Kleidung

Im Büro der „Deutschen Künstlerhilfe" in Berlin wird uns von Malern und Bildhauern, von Schriftstellern und Musikern, von Schauspielern und Sängern erzählt, an deren Türen die bitterste Not pocht. Wir hören Namen von Weltruf, Namen, deren Träger man sich immer als Besitzer feudaler Luxuswohnungen und kostspieliger Autos vorgestellt hat. Die Wirklichkeit ist ganz anders. Maler, deren Werke als Prunkstücke in den Galerien hängen, wissen oft nicht, wovon sie das Mittagessen bezahlen sollen; Schriftsteller, deren Namen jeder Literaturfreund kennt, wohnen heute möbliert in irgendeinem Winkel der Großstadt; Schauspieler, die noch vor wenigen Jahren an erster Stelle auf den Programmzetteln standen, sind heute in der „Schlange" vor dem Arbeitsnachweis zu finden.

Die Krise hat den freien Geistesarbeiter, den Künstler unverhältnismäßig schwer getroffen. Wer nicht gerade im Zentrum des Tagesinteresses steht, wessen Ruhm den Zenit bereits überschritten hat, der hat heute wenig zu erhoffen. Und hinter ihm wartet schon die Armee der noch Namenlosen, der künstlerische Nachwuchs, der so gut wie überhaupt keine Aussicht hat, in absehbarer Zeit sein Können in der Praxis zeigen zu können. Um nur eine Zahl zu nennen: allein in Berlin gibt es viertausend erwerbslose Schauspieler!

Die „Deutsche Künstlerhilfe" muß also übermenschliche Anstrengungen machen, um auch nur einen Teil ihrer Aufgabe, den darbenden Künstlern zu helfen, zu erfüllen. Dabei ist natürlich die peinliche Form der Wohltätigkeit nicht immer zu umgehen. Die Künstlerhilfe, vor wenigen Wochen erst gegründet, konnte schon in den ersten vierzehn Tagen mehrere tausend Mark an die ihr angeschlossenen Organisationen — den Reichsverband bildender Künstler, der Notgemeinschaft des deutschen Schrifttums, die Bühnengenossenschaft und den Verband der Tonsetzer — verteilen; Veranstaltungen, für die sich die „prominentesten" Künstler zur Verfügung gestellt haben, trugen dazu bei.

Aber keinem Künstler ist mit ein paar Mark, die man ihm als „milde Gabe" in die Hand drückt, wahrhaft geholfen. Der leibliche Hunger kann damit gestillt werden — nicht aber der seelische, der meist schlimmer ist: der Hunger nach sinnvollem Arbeitenbürfen, nach Anerkennung und geistigem Erfolg. Aus diesem Gedanken heraus will die Künstlerhilfe ein Werk in Angriff nehmen, das weit über den Kreis der notleidenden Künstlerschaft hinaus bei all denen Interesse und Sympathie finden wird, denen die Kunst nicht Luxus, sondern Bestandteil des Lebens bedeutet.

Die Künstlerhilfe will Kunst tauschen. Gegen Waren jeder Art: Lebensmittel und Kleider, Möbel und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs. Das Geld ist knapp, aber Waren gibt es übergenug. Wenn der Bauer das Finanzamt bittet, seine Steuern in Naturalien bezahlen zu dürfen, so ist das — mehr noch als die Tauschprojekte, die an den grünen Tischen der Weltwirtschaftskonferenzen aufgetaucht sind — ein Zeichen dafür, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen mit der „antiken" Form des Tauschhandels mehr zu erreichen ist als mit noch so billigen Preisen.

Ein Komitee von drei Künstlern und einem Kaufmann nimmt die Angebote der Künstler wie der Kunstinteressenten entgegen; die Arbeit dieses Ausschusses besteht darin, die beiderseitigen Wünsche in Einklang zu bringen und die Parteien einander zuzuführen; so wird etwa ein Maler einen neuen Anzug brauchen, ein Schneidermeister dagegen ein Gemälde haben wollen. Oder ein Bäckermeister möchte ein Jahr lang gratis einem Bildhauer, der ihm eine Plastik überläßt, das Brot liefern. Oder der Möbelhändler läßt sich gegen eine komplette Kücheneinrichtung lebensgroß in Oel porträtieren.... Anwendungsmöglichkeiten gibt es genug, und sicher auch Kunstfreunde, die gern diese neue Art des Kunsthandels mitmachen wollen.

Allerdings — für Schriftsteller, Musiker und Schauspieler hat man bisher noch keine Tauschformel finden können. Theoretisch könnte man sich zwar vorstellen, daß der Zigarrenhändler sich zur Silberhochzeit ein Gelegenheitsgedicht machen läßt und dem Dichter dafür seinen Zigarettenbedarf liefert; daß der Musiker vom Schuster für ein nach Maß komponiertes Lied ein Paar Schuhe erhält oder der Schauspieler ein neues Hemd für die Rezitation einer Ballade beim Familienfest des Weißwarenhändlers. Aber solch ein Umfang des Kunsttausches wird wohl bis auf weiteres Utopie bleiben.

Vorläufig bleibt der Wirkungskreis des Kunsttausches der Künstlerhilfe auf Berlin beschränkt. Sicher wird man jedoch auch in anderen Städten des Reiches ähnliche Organisationen ins Leben rufen, die sich darum bemühen, dem schaffenden Künstler Arbeit zu geben und in ihm das Bewußtsein zu erhalten, daß er in seiner Mission für das geistige Leben des Volkes nicht auf rettungslos verlorenem Posten kämpft.

SA. als Versammlungssprenger

Ueberfall auf eine sozialdemokratische Versammlung

Görlitz, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Sozialdemokratische Partei hatte für Montagabend eine Versammlung nach Königshain-Oberlausitz einberufen, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Buchwitz aus Görlitz referierte. Zu dieser Versammlung waren die SA.-Leute der ganzen Umgebung mobil gemacht worden. Sie versuchten systematisch die Versammlung zu stören, so daß schließlich die Versammlung geschlossen werden mußte. Nach Schluß der Versammlung fielen die nationalsozialistischen Banden über die Versammlungsteilnehmer her. Das Reichsbanner, das den Saalschutz hatte, stellte sich den Nationalsozialisten entgegen und drängte sie zum Saal hinaus. Die SA.-Leute feuerten in dem Tumult mehrere Schüsse ab. Es gab eine größere Anzahl von Verletzten. Fünf Reichsbannerkameraden wurden schwer verletzt. Es handelt sich um einen systematischen, gewaltsamen Ueberfall nationalsozialistischer Banden, die zu diesem Zwecke zusammengezogen worden sind, auf eine sozialdemokratische Versammlung.

Genosse Blumtritt gestorben

Der Redakteur unseres Hofer Parteiblattes

München, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Nach langem schweren Leiden ist in der Nacht zum Dienstag der leitende Redakteur unseres Hofer Parteiblattes Max Blumtritt im Alter von 54 Jahren gestorben. Blumtritt, geboren in Burg bei Magdeburg, ist von Beruf Holzbildhauer, und seit 1909 Redakteur der „Oberfränkischen Volkszeitung", deren Aufstieg im wesentlichen sein Verdienst ist. Seit 1919 war er Mitglied des Bayerischen Landtages und gehörte dem Vorstand der sozialdemokratischen Landtagsfraktion an.

Bauer tötet seine Frau

und er stirbt infolge eines Gehirnschlages

Genf, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Ein 64jähriger Bauer auf einem großen Hof bei Zürich hat am Montag in einem Anfall von Schwermut seine Frau mit der Axt erschlagen. Er selbst begab sich darauf in seine Scheuer, wo er durch einen Gehirnschlag ebenfalls tot zusammenbrach.

Beschwerde bei Groener

Das Eutiner Arbeiterlokal bleibt vorläufig noch polizeilich geschlossen

Eutin, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Zusammenhang mit den blutigen Ueberfällen der Nationalsozialisten auf einen Zug Reichsbannerleute am 9. November wurde von dem stellvertretenden Nazi-Bürgermeister von Eutin auch das Verkehrslokal der Partei, der Gewerkschaften und des Reichsbanners polizeilich geschlossen. Gegen diese sachlich völlig unbegründete Maßnahme hatte der Wirt bei der Eutiner Regierung Beschwerde eingelegt. Die Regierung hat die Beschwerde nunmehr als unbegründet zurückgewiesen. In der Begründung stützt sich die Regierung offenbar auf Aussagen der Nationalsozialisten. Soweit die Regierung tatsächlich Beweisgründe anführt, sind sie falsch und mit den wirklichen Vorgängen nicht übereinstimmend. Im übrigen begründet sie die Ablehnung der Beschwerde mit Behauptungen, ohne auch nur den Versuch zu machen, sie zu beweisen.

Gegen den Entscheid der Eutiner Regierung ist Beschwerde beim Reichsinnenminister eingelegt worden.

Landfriedensbruchprozeß in Neumünster

Gefängnis für Kommunisten / Provozierende Hakenkreuzler

Neumünster, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Nach einer sechs Tage langen Verhandlung vor dem Erweiterten Schöffengericht in Neumünster wurde in einem Landfriedensbruchprozeß gegen zwanzig Kommunisten das Urteil gefällt.

Der Anklage lagen schwere Zusammenstöße der Nationalsozialisten zugrunde, bei denen ein Nationalsozialist getötet und zwei schwer verletzt worden waren. Die Verhandlungen ergaben, daß die Kommunisten unter der Leitung des Hauptangeklagten Thum Terrorgruppen aufgestellt hatten, genau so wie sie in dem Buch von Zeutschel dargestellt werden. Mitschuldig an dem blutigen Zusammenstoß waren auch die Nationalsozialisten, die an dem fraglichen Abend bewaffnet durch die Straßen Neumünsters zogen und sich überaus provozierend benahmen. Das Gericht erkannte gegen drei Angeklagte auf Freispruch, gegen 17 Angeklagte auf Gefängnisstrafen von drei Wochen bis zu 2½ Jahren.

Bezeichnend für den Geisteszustand der Nationalsozialisten ist die Aeußerung eines nationalsozialistischen Zeugen, der auf Befragen des Vorsitzenden zugab, während der Verhandlung sich mit Freunden darüber verständigt zu haben, bei der nächsten passenden Gelegenheit den Berichterstatter der „Volkszeitung" in Kiel zu überfallen und zu verprügeln. Den Nationalsozialisten war unangenehm auf die Nerven gefallen, daß der sozialdemokratische Berichterstatter die Provokationen der Nationalsozialisten entsprechend dem Verhandlungsergebnis schilderte.

Nazi unterschlägt 21000 Mark!

In Oestrich (Rheingau) wurde der 31jährige Leiter der Betriebskrankenkasse der Firma Kipp & Co., Pring, nach Unterschlagung von 21 000 Mark flüchtig. Pring ist Kreisleiter der NSDAP.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 8. Dezember

Unsicherheit hält an

Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse hat sich nicht gebessert. Es herrschte weiter größte Zurückhaltung, da man zunächst die neue Notverordnung abwarten will. Das Angebot an prompten Weizen und Roggen war zwar sehr klein, reichte jedoch für den geringen Bedarf vollkommen aus. Soweit Abschlüsse zustande kamen, zeigten die Preise keine wesentlichen Veränderungen. Auch die Notierungen am Markte der Heizgetreidebörse wiesen nur geringfügige Abweichungen auf. Mehl hatte sehr stillen Markt bei namentlich für Weizenmehl eher entgegenkommenden Mühlenforderungen. Auch am Hafermarkt hielten sich die Käufer sehr zurück.

	7. Dezember (ab märkische Station in Mark)	8. Dezember
Weizen	217—219	217—219
Roggen	194—197	194—197
Braugerste	156—168	154—166
Futter- und Industriegerste	151—155	149—153
Hafer	135—143	134—142
Weizenmehl	27,50—31,75	27,50—31,75
Roggenmehl	26,50—28,50	26,75—28,75
Weizenkleie	9,90—10,25	9,90—10,25
Roggenkleie	10,25—10,75	10,25—10,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 229 (Vortag 230), März 239 (239). Roggen Dezember 202 und Geld (202), März 211 (211). Hafer Dezember 155½ (158), März 160 (160).

Berliner Viehmarkt

Infolge reichlicher Zufuhren senkten sich die Preise auf allen Märkten. Am Schweinemarkt hatte ruhiges Geschäft. Auf dem Kälbermarkt war der Umsatz in guter Ware etwas lebhafter, hier gab es auch anziehende Preise. Wie bei der Kälbermarkt im allgemeinen Richtung am Dienstag wohl am besten gehalten hat.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) — (—), b) (240—300 Pfund) 48 (44—45), c) (200—240 Pfund) 42—43 (41—44), d) (160—200 Pfund) 35—40 (35—38), e) (120—160 Pfund) 33—35 (35—38), Sauen 37—38 (36—40). Kälber: a) 45—57 (46—55), b) 38—45 (38—45), c) 18—35 (18—38), Schafe: a) 34—38 (37—39), b) 30—33 (33—36), c) 25—28 (28—29), d) 15—20 (15—26). Rinder: a) 24—27 (26—29), b) 18—23 (20—25), c) 14—17 (16—19), d) 10—13 (11—15).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219311209-19/fragment/page=0009

Vereins-Kalender

der Ortsvereine der SPD., sozialistischen Frauen- und Jugendgruppen im Bezirk Halle-Merseburg / Bezirkssekretariat Halle a. S., Harz 42—44, Hofgeb. 2 Treppen. Fernruf 21029 und 35701 ◆ Ortssekretariat Halle a. S., Harz 42—44 Hofgebäude 2 Treppen Fernruf 31030

Halle.

Arbeiterwohlfahrt. Donnerstag 6 Uhr: Vorstandssitzung im Gewerkschaftshaus.

Frauengruppe. Unsere Sonnenwendfeier findet Freitag, den 11. Dezember, 20 Uhr im kleinen Volksparksaal statt. Alle Genossinnen und Genossen, insbesondere alle Erwerbslose, sind herzlichst eingeladen. Spenden hierzu können im Parteibüro und bei der Genossin Rickel, Huttenstraße 7, abgegeben werden.

SAJ. Gruppe Süd. Freitag, den 11. Dezember: Lichtbildervortrag von C. Brenner: Zille-Film.

Rote Falken. Gruppe Mitte. Mittwoch, den 9. Dezember, 15 Uhr im Jugendheim: Zusammenkunft.

— Gruppe Süd. Donnerstag, den 10. Dezember, 15 Uhr in der Lutherschule: Zusammenkunft.

— Gruppe Nord. Donnerstag, den 10. Dezember, 15 Uhr in der Brunnenschule: Zusammenkunft.

Aus dem Bezirk.

Alle hier angekündigten öffentlichen Versammlungen können gemäß den Bestimmungen der neuen Notverordnung nicht stattfinden.

Merseburg. Donnerstag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr im Saale des „Tivoli": Mitgliederversammlung. Referent: Reg.-Präs. v. Harnack. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Merseburg. Arbeiterwohlfahrt und Frauengruppe. Freitag, den 11. Dezember, 20 Uhr im „Herzog Christian": Vorstandssitzung. Die Mitgliederversammlung der Frauengruppe findet am Dienstag, dem 15. Dezember, im „Herzog Christian" statt.

Delitzsch. Donnerstag, abends 8 Uhr in der „Kugel": Funktionärversammlung. Wichtige Tagesordnung. Alle Genossen, welche als Partei-, Gewerkschafts-, Reichsbanner-, Sport- und Jugendfunktionäre tätig sind, müssen erscheinen.

Lauchhammer. Frauengruppe. Donnerstag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr bei Dambowsky: Advents- und Weihnachtsfeier. Alle Genossinnen müssen an diesem letzten Frauenabend im alten Jahre anwesend sein.

— Mittwoch, den 9. Dezember, abends ½8 Uhr bei Dambowsky: Wichtige Sitzung der Gemeindevertretung. Der Einwohnerschaft ist der Besuch dringend zu empfehlen.

Liebenwerda. Freitag, den 11. Dezember, 20 Uhr: Mitgliederversammlung. Thema: „Jetzt ist es genug, Republik greife zu!" Referent: Parteisekretär Fraenkel (Torgau). Erscheint in Massen!

Dölau. Sonnabend, den 12. Dezember, abends 8 Uhr im Lokal „Heideschlößchen": Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Petsch (Halle). Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Herzberg. Sonnabend, den 12. Dezember, 20 Uhr im Lokal „Siegeskranz": Gemeinsame Versammlung der Partei, des Reichsbanners und der Gewerkschaften. Thema: „Jetzt ist es genug, Republik greife zu!" Referent: Parteisekretär Erich Fraenkel (Torgau). Wir erwarten vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder genannter Organisationen.

Torgau. „Jetzt ist es genug, Republik greife zu!" Ueber dieses Thema spricht am Montag, dem 14. Dezember, in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung von SPD., Reichsbanner, ADGB. und Afa-Bund der Landtagsabgeordnete Gustav Adolf Müller (Leipzig), abends 20 Uhr im Lokal „Schützenhaus". Genossen, Gewerkschaftskollegen, Reichsbannerkameraden und Arbeitersportler, erscheint restlos in dieser Versammlung.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner E. V.

Ortsverein Halle.

5. **Abteilung.** Mittwoch, den 9. Dezember, Bernhardyhalle: Abteilungsversammlung. Vortrag des Kameraden Peters.

Schlafzimmer
birke, eiche, nußbaum
325,— Mk.
Mk. 384,- 495,- 585.
in Eiche 576,- 685.-
Auf Wunsch Teilzahlung
Lieferung auch nach auswärts frei Haus mit Auto
Eichmann & Co.
Halle (Saale)
Große Ulrichstraße 36
Große Ulrichstraße 51
Eingang Schulstraße

F·E·M
Zigarren sind die besten
Eigene Fabrikation
Friedrich Ey
Merseburg, Bismarckstraße 38

Stadttheater
Heute, Mittwoch, 20—22¼ Uhr
Robinsonade
Komische Oper v. J. Offenbach
Donnerstag, 20—23 Uhr:
König Lear
Trauerspiel von Shakespeare
Zahlung der 3. Stammkart.-Rate erbeten

Monogramme
aller Art
schnell, preiswert
Lundenberg
Leipziger Str. 17, 1. Et.

Billige Betten!
Deckbett 25,— M.
Unterbett 15,50 M.
Kissen . . 5,50 M.
Leipzig Str. 69 im Laden

WALHALLA
8 Uhr. Tel. 283 85.
Die lustige Witwe
mit den Weltschlagern:
„Ich bin eine anständige Frau"
„Da geh' ich ins Maxim"
„Vilja, o Vilja"
„Weiber, Weiber"
mit Herta Stary als Gast
ein Bomben-Erfolg!

Astoria
Besitzer: Furry Rosen
Tel. 336 92
Vornehmste Vergnügungsstätte
Täglich:
5-Uhr-Tanz-Tee
Ria und Chard
eigen „Rumba"
Für Silvester
werden jetzt schon Tischbestellungen entgegengenommen! 5835

Preiswerte gediegene und formschöne
Herrenzimmer
dunkel Eiche und Nußbaum poliert,
350,- 480,- 598,- 675,- 895,- 950,-
Gebr. Jungblut
Albrechtstr. 37

Vollbadewannen von Mk. 14,00 an
Gustav Bros
Halberstädter Str. 14
gegen Wasserturm

Schallplatten
Lüders, Schulstr. 10

Bitte
bei allen Einkäufen stets die Inserenten zu berücksichtigen!

Die neue
Volksplatte
25 cm
doppelseitig, elektr. aufgenommen
für **RM. 1,-**
B. DÖLL
Pianohaus, Gr. Ulrichstr. 33/34

Kleinmöbel
in großer Auswahl zu
Ausnahme-Preisen!
Schlafzimmer, komplett mit Auflegematratzen RM. 425,- 495,- 535,-
Gebr. Kroppenstädt
Möbelfabrik, Halle Saale
Große Märkerstraße **4**

Kleine Anzeigen haben hier großen Erfolg

Lauten
Gitarren
Mandolinen
8- und 12saitig
Violinen
Bogen und Etuis
Zithern
Mund- und Ziehharmonikas
Schulflöten
Blockflöten
Musik-Müller
nur Gr. Märkerstr. 3
(am Markt)

Auch
Sie
können sich einen
H. W. Anzug
für
M. **29 oder 39**
aus Ihrem Stoff leisten.
H. Weigler
Halle (Saale)
Leipziger Str. 64
29/39/29/39/29

„Klein" **TORPEDO**
mit einfacher Umschaltung
das praktischste Weihnachtsgeschenk!
nur 198 Mark
Große & Wittan
Leipziger Straße 48/49 — Ruf 33870

Kaufhaus Bassin
Falkenberg und Uebigau
Damen-, Herren-, Kind.-Bekleidung — Kleiderstoffe — Baumwollwaren — Möbelstoffe — Gardinen — Wollwaren — Berufs-Kleidung — Herren-Artikel
Bleyle-Kleidung

C.T

Am Riebeckplatz
Ab morgen, Donnerstag
Ein Tonfilm, den man so leicht nicht wieder vergißt!
Gloria
Zwei Flieger und eine Frau
In den Hauptrollen:
Gustav Fröhlich - Brigitte Helm
Fritz Kampers - Rolf Drucker
Kunstflüge:
Tasso Graf von Schaumburg
Ein Filmwerk, das durch seine Eigenart alles in seinen Bann zieht
Auf der Bühne:
W. Nauenstein
genannt der deutsche Rastelli
Jugendliche zur ersten Vorstellung halbe Preise.

Gr. Ulrichstraße
Ab morgen, Donnerstag
Ein Tonfilm-Lustspiel, das jedem einen Heidenspaß bereitet
Keine Feier ohne Meyer
In den führenden Rollen:
Ralph A. Roberts - Lucie Englisch
Maly Delschaft - Dina Gralla - Kurt Vespermann - Karl Harbacher
Frisch, lebendig, voll humoristisch. Tempos in allen Situationen.
Hierzu:
Der abwechslungsreiche bunte Teil
Fox tönende Wochenschau

Schauburg
Ab morgen, Donnerstag
werden wieder die Wände dröhnen unter den Heiterkeitsstürmen über
Felix Bressart
in dem Rekordbrecher aller Tonfilme
Der Schrecken der Garnison
Ein Militär-Tonfilmschwank, der alles auf den Kopf stellt.
Ferner:
Der große bunte Teil
Jugendliche unter 14 Jahren zur ersten Vorstellung halbe Preise.

Sil
spült und bleicht ganz unerreicht!
Hergestellt in den Persil-Werken!
S 184/31 b

Es gibt kein Treppensteigen mehr,
Sobels Spielwarenverkauf ist im Parterre!
SOBEL das Haus der volkstümlichen Preise
Steinweg 45, Gr. Ulrichstr. 57, Im Norden am Reileck

In unserem diesjährigen
Großen Weihnachts-Verkauf
bringen wir in allen Abteilungen
außergewöhnlich billige Angebote
Merseburg **DOBKOWITZ** Leuna
An den nächsten beiden Sonntagen von 12 bis 18 Uhr geöffnet

Das Vertrauen der Käufer
kann man nicht durch eine einmalige Werbung erringen. Die Wiederholung bringt Erfolg. Begnügen Sie sich jetzt nicht mit einer Anzeige wenn Sie zu Weihnachten bessere Geschäfte machen wollen. Ihr bester Helfer in der Kundenwerbung sind Anzeigen im Volksblatt.

Laß kein Geld zu Hause liegen, sondern zahle es ein bei der
Stadtsparkasse zu Delitzsch
Hauptstelle: Rathaus
Zweigstelle: Behördenhaus.
Sie ist geöffnet:
Vormittags von 8 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 4 Uhr;
Sonnabends nur von 8 bis 1 Uhr vormittags.

Sind's die Schuh geh zu Marhold
Preise konkurrenzlos. Auf Sohlen und Absätze kann gewartet werden. 5538
Erwerbslose erhalten Vergünstigung!
Paul Marhold
Schnellbesohlanstalt u. Lederhandlung
Delitzsch, Marienstr. 3a

Gaststätten in Halle (Zentrum)
die sich empfehlen.
Café Eisleben, Steinweg 34
Bandhauer, Gr. Brauhausstraße 31
C. Brodies Privatmittagstisch, Kl. Brauhausstr. 1
Café Bauer, Große Steinstr. 74 (Paul Sickel)
Restaurant „Bodensteiner", Gr. Ulrichstr. 62
Central-Hotel mit Klosterbräu, am Hallmarkt
Café David, Geiststraße 1
„Blaue Grotte", Oleariusstraße 11
„Fledermaus" (B. Krüger), Gr. Ulrichstr. 44
Fremdenheim Ekrost, Harz Nr. 1
Café „Zum Freischütz", Kl. Ulrichstraße 21
„Gemütl. Fritz" (W. Meißner), Kl. Brauhausstr.
„Gewerkschaftshaus", Harz 42/44
„Goldene Kette", Alter Markt 11
„Goldenes Herz", Mansfelder Straße 57
„Goldene Rose", Rannischestraße 79
„Grüne Tanne", Mansfelder Straße 88
Handelsbörse, Talamtstraße 9
Café Hohenzollern, Geiststraße 38
Café H. Hopfgarten, Rannischestraße 13
„Jagdschloß" Moritzzwinger
Café König, Robert-Franz-Ring 1a
Café Korso, Große Steinstraße 24
Kochs Künstlerspiele, Jägergasse 1
Kothe, Wilh., Gr. Steinstr. 67, Stadtbad gegenüb.
A. Kunth, Alter Markt 21
E. Leuschner, Albrechtstraße 2
Café Moritzburg, Kl. Ulrichstraße 22
„Obstbörse", Bargasse 4
Café H. Pfautsch, Gr. Steinstraße 7
Promenaden-Café, Waisenhausring 16
Café Pudmensky, Gr. Steinstraße 23
„Rakete", Kabarett, Kleine Klausstraße 7
Café Roland, Marktplatz 23
Sankt Nikolaus, Vereinshaus, Gr. Nikolaistr. 9/11
Restaurant und Konzerthaus Gr. Ulrichstr. 3.
Café Schmauch, Gr. Ulrichstr. 51
Stadttheater-Restaurant, Universitätsring 25
Uhlitzsch, Gr. Märkerstraße
M. Wolter, Kl. Ulrichstraße 5
„Zur Fischbörse", Mansfelder Straße 31
„Schwarzen Bär" (Fr. Haring), Bärgasse 2
Café Zorn, Leipziger Straße 93
Jede Zeile kostet monatlich 1,— Mark.
Der Betrag wird mit dem Bezugsgeld eingezogen.

Besonders preiswert!
Küchen
Mk. 75,— 88,— 95,— 105,— 145,— 165,— 185,— 225,—
Schlafzimmer
echt Eiche Mk. 350,— 390,— 485,— 540,— 565,— 610,—
Lackiert Mk. 260,— 295,— 350,— 450,—
Auf Wunsch Zahlungserleichterung!
Transport frei!
Bettenhaus Bruno Paris
Kl. Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9, 3 Minuten vom Markt

Kleine Anzeigen haben großen Erfolg